

Danziger Zeitung.

No 9578.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeile 120 M. notirt und Nr. 1356 mit 300 M. herausgegeben sein läßt.

1876.

A. Preussische Lotterie.

Bei der am 9. Februar fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 153. Pr. Klassenlotterie fielen: 2 Gewinne zu 12.000 M. auf Nr. 23.223, 48.955, 1 Gewinn zu 600 M. auf Nr. 71.167, 2 Gewinne zu 1800 M. auf Nr. 48.962, 60.572, 2 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 44.461, 62.118, 2 Gewinne zu 300 M. auf Nr. 18877, 7954.

*) Diese Nummer enthält das, allerdings „ohne Gewähr“ gegebene Verzeichnis des „Reichsanz.“, während die Danziger Lotterieliste bei dieser Nr. nur einen Gewinn von 120 M. notirt und Nr. 1356 mit 300 M. herausgegeben sein läßt.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Febr. Die von den Provinzial-Landtagen gewählten 5 Landesdirectoren erhielten die königliche Befähigung.

Budapest, 10. Februar. Gossáorú ist zum Minister des Innern, Strat (?) zum Finanzminister ernannt.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 9. Februar. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Unterhauses hat bei Beratung des rumänischen Handelsvertrages einen Antrag angenommen, in welchem der Grundsatz ausgesprochen wird, daß die für Österreich aus Tractaten mit der Pforte erworbenen Rechte auch jetzt noch Rumänien gegenüber bestehen und daß Österreich auf diese Rechte niemals verzichtet habe. Der Handelsminister hatte bei der Beratung erklärt, daß diese Anschauung des Ausschusses mit derjenigen der Regierung übereinstimme. In einem weiteren Antrag zu dem rumänischen Handelsvertrage wird das Bedauern darüber ausgesprochen, daß es bei dem Abschluß der Convention nicht gelungen sei, die gleichmäßige Behandlung aller österreichischen Staatsbürger ohne Unterschied der Confession durchzusetzen.

Paris, 9. Febr. Gutem Vernehmen nach hat der Polizei-Präsident Renault, da er seine Stellung als Candidat der Deputiertenkammer für das Département Seine und Oise für unverträglich mit seiner amtlichen Stellung hält, seine Entlassung gegeben und wäre dieselbe bereits von dem Marschall-Präsidenten angenommen worden.

Newyork, 9. Febr. Durch ein gestern Abend hier ausgebrochenes Feuer sind 2 Hotels, mehrere Magazine und eine größere Anzahl von Wohnhäusern zerstört worden. Bei den Löscharbeiten haben 3 Mann von der Feuerwehr das Leben eingebüßt, 5 andere wurden beschädigt; der verursachte Schaden wird auf 3 Mill. Dollars angeschlagen.

Reichstag.

49. Sitzung vom 9. Februar.

Die Commission zur Ermittlung eines geeigneten Terrains für Errichtung des Reichstagsgebäudes ist gewählt und besteht aus den Abgg. Dunder, Forcade de Biaix, Römer (Hildesheim), Reichenberger (Greifeld), Bamberger, Lucius (Gruft) und Graf Hade. — Ohne Debatte erledigt das Haus die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Controlle des Reichshaushalts und des Elbfisch-Vorbringens Landeshaushalts pro 1876, so wie der Zusammenstellungen der fernweit liquirierten, aus der französischen Kriegskostenentfaltung zu erlegenden Beiträge und genehmigt sodann in definitiver Schlussabstimmung die Gesetzentwürfe über die Abänderung des Tit. VIII. der Gewerbeordnung und die eingeschriebenen Stillschaffen.

Es folgt die 3. Lesung der Strafgesetznovelle. Abg. Reichenberger (Greifeld) verurteilt seine Partei gegen die Annahme, daß Nichtwidersprechen mit Zustimmung gleichbedeutend sei. Es seien namentlich verschiedene Paragraphen ohne Debatte angenommen worden, welche im Gegentheil zu der ursprünglichen Regierungsvorlage für bestimmte Vergehen den Charakter als Antragsvergehen wieder hergestellt haben. Er könne diesen Beschluß durchaus nicht zustimmen.

Abg. v. Niegolewski: Die Vorlage trägt das Zeichen der Zeit an sich: es soll durch Gesetze im Frieden ein theilweiser Belagerungsstand hergestellt werden. In der Provinz Posen werden schon jetzt die Gesetze nach politischen Zwecken interpretiert. Der politische Zweck aber ist das Antreiben gegen die Kirche, die Verächtlichung der Kirche (Ob! links). Ja wohl, bei dem Prozeß gegen den Domherrn Kurowski hat der Staatsanwalt selbst gesagt: „In längstens 30 Jahren, einer kurzen Spanne Zeit in dem Leben eines Volkes, wird die katholische Kirche verwaist und werden ihre Kirchen geschlossen sein.“ (Hört! im Centrum.) Ueberall findet man eine willkürliche Behandlung der Gesetze statt, die Amtsgewalt wird mißbraucht, Vereine werden geschlossen. (Präsident Simson erhebt den Redner, sich nicht zu weit von dem Gegenstande zu entfernen, worauf derselbe auf die weitere Begründung seiner Gravamina verzichtet.)

Minister Leonhardt: Der Vorredner hat behauptet, in der Provinz Posen würden die Gesetze nach politischen Erwägungen ausgelegt. Ich protestiere gegen diese unbedingte Behauptung. Hier darf er dergleichen straslos behaupten, ich möchte ihn bitten, so viel Muth zu haben, seine Behauptungen an einem anderen Orte auszusprechen, so daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, seine Behauptungen vor dem Lande in öffentlicher Gerichtsung nachzuweisen. — Er hat schließlich die Verletzung eines Staatsanwalts angeführt, welche dahin gegangen sei, in einer Reihe von Jahren würde keine katholische Kirche mehr existieren. Wenn ein Staatsanwalt eine solche Verleumdung gethan hätte, so wäre er zur Kenntniß der höheren Justizbehörden gekommen. Ich leugne also, daß eine solche Verleumdung gemacht worden ist.

Abg. v. Niegolewski: Ich muß constatieren, daß ich während der Begründung für meine Behauptungen von dem Präsidenten auf den Wunsch des Hauses, darauf nicht einzugehen, aufmerksam gemacht worden bin. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich bitte mir deshalb, weil ich mich dem Präsidenten gefügt habe, nicht Vorwürfe zu machen. Wenn der Minister mir

Feigheit vorwirft... (Präsident Simson: Ich würde einen solchen Vorwurf nicht geduldet haben.) Der Minister hat gesagt: ich sollte den Muth haben, meine Behauptungen nicht in diesem Saale, sondern außerhalb des Hauses vorzubringen; ich erkläre dem Minister, daß ich leider zu denen gehöre, die ziemlich viel im Gefängniß gewesen haben, und daß ich im offenen Kampf meinen Gegnern gegenübergestanden habe. Mit meinem Namen ist das Wort „Feigheit“ unverträglich. Wenn der Minister eine Commission niederlegen will, vor der ich die sämtlichen Gravamina vorbringen könnte, dann will ich für jedes nicht erwiesene Gravamen sehr gern verantwortlich sein. Freilich könnte ich mich scheuen, selbst hier eine Rede zu halten, denn diejenigen, die meine vorjährige Rede abgedruckt haben, sind bestraft und nach dem Gefängniß gebracht worden, trotzdem sie sich auf mein Zeugnis berufen haben. Das Gericht hat mich nicht zum Zeugen vorgeladen. (Hört! Hört! im Centrum.) Ist es dem Minister nicht bekannt, daß, als der Erwerber der Bibliothek des Philippinerklosters Protest gegen die Wegnahme derselben durch den Regierungskommissar einlegte, der Kompetenzconflict erhoben wurde? (Hört! Hört! im Centrum.) Derartige Fälle von Vergeßlichkeit könnte ich in Fülle anführen; so hält man z. B. einen Geistlichen im Gefängniß, weil er den Aufenthalt seines Bruders nicht angeben will. Den Beweis für diese Behauptungen werde ich dem Minister, wenn er es wünscht, nicht schuldig bleiben.

Minister Leonhardt: Von dem Philippinerkloster u. s. w. ist mir ganz und gar nichts bekannt. (Gelächter im Centrum.) Im Uebrigen bemerke ich, es ist mir nicht in den Sinn gekommen, dem Hrn. Abgeordneten Feigheit vorzuwerfen. (Ob! im Centrum.) Ich kann es hingehen lassen, wenn man mich persönlich angreift, wie es neulich geschehen ist, wenn es aber gegen die Behörden des Landes und insbesondere die Gerichte Preußens geschieht, gegen die Niemand mit Recht einen Vorwurf erheben kann (Ob! im Centrum), so sehe ich mich veranlaßt und werde mich stets veranlaßt sehen, dagegen nicht allein zu protestieren, sondern den betreffenden Herrn aufzufordern, seine Vorwürfe vor den Gerichten des Landes zu beweisen.

Abg. Windthorst: Es mögen die hier vorgebrachten Beschwerden bei dem vorliegenden Gegenstand nicht ganz am Platze gewesen sein, aber wenn ein Abgeordneter hier die Beschwerden seines Landes vorträgt, so ist es nicht geeignet, denselben aufzufordern, sie außerhalb des Hauses zu wiederholen, damit der Justizminister ihn verfolgen lassen kann; hier hat er sie zu widerlegen. Ich bin erstaunt darüber, daß der Minister erklärt, er wisse von den Beschwerden nichts, und doch dagegen Protest einlegt; ein Protest ist doch erst dann gerechtfertigt, wenn man Beschwerden unbegründet gefunden hat. (Sehr richtig! im Centrum.)

Minister Leonhardt: Der Vorredner erwartet von mir zu viel. Wenn Behauptungen, wie die heutigen, ohne jede Begründung vorgebracht werden, so wäre es doch sicherlich viel von mir verlangt, daß ich das Gegentheil beweisen sollte. Ein solcher Gegenbeweis ist völlig unmöglich.

Die allgemeine Debatte wird damit geschlossen und die spezielle beginnt. Der 1. Artikel der Strafgesetznovelle enthält bekanntlich die Abänderungen gesetzlich bestehender Strafvorschriften. Die §§ 4 und 5 waren in der zweiten Lesung abgelehnt worden. Abg. Thilo hat ihre Wiederherstellung in der Fassung der Regierungsvorlage beantragt. Danach kann (§ 4) nach den Strafgesetzen des Deutschen Reichs verfolgt werden: 1) ein Ausländer, welcher im Auslande eine hochverrätherische Handlung gegen das Deutsche Reich oder einen Bundesstaat, ein Verbrechen oder gegen einen Deutschen eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen anzusehen ist; 2) ein Deutscher, welcher im Auslande eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen anzusehen ist. Die Verfolgung ist auch zulässig, wenn der Thäter bei Begehung der Handlung noch nicht Deutscher war. (Die gesperrt gedruckten Worte der Nr. 1 sind in der gegenwärtigen Strafbestimmung nicht enthaltener Zulass, während die Nr. 2 die bisherige Bestimmung generalisirt, wonach die Strafverfolgung eintritt, wenn die Handlung gleichzeitig nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen anzusehen ist und durch die Gesetze des Orts, in welchem sie begangen wurde, mit Strafe bedroht ist. Endlich soll es im Falle des Alinea 2 nicht mehr des heute erforderlichen Antrages der zuständigen Behörde des Landes bedürfen, in welchem die Handlung begangen worden.) Damit ist auch die No. 1 des gegenwärtigen § 5 in Wegfall gebracht, wonach die Strafverfolgung ausgeschlossen bleibt, wenn die Handlung am Orte der That nicht mit Strafe bedroht ist. — Es liegen ferner Amendements vor: 1) vom Abg. Wolfson, der a in § 4 No. 1 den Deutschen dem Ausländer gleichzustellen und statt der gesperrt gedruckten Worte zu fügen beantragt: „oder als Beamter des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaates eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen im Amte anzusehen ist“; b die bisherige No. 2 des § 4 wieder aufnimmt: ein Deutscher, welcher im Auslande eine landesverrätherische Handlung gegen das Deutsche Reich oder einen Bundesstaat, oder eine Beleidigung gegen einen Bundesfürsten begangen hat; c. statt der No. 2 der Regierungsvorlage folgende Bestimmungen vorschlägt: 3) ein Deutscher, welcher im Auslande eine nicht unter No. 1, 2 fallende Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen anzusehen ist; 4) ein Ausländer, welcher im Auslande gegen einen Deutschen eine der in den Abschnitten 16–20 des zweiten Theils oder in den §§ 176–178 bezeichneten vorläufigen Handlungen begangen hat; 5) ein Deutscher, welcher im Auslande eine nicht unter No. 1, 2, 3, oder ein Ausländer, welcher im Auslande gegen einen Deutschen eine nicht unter No. 1, 4 fallende Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen zu betrachten ist; 6) ein Ausländer, welcher im Auslande gegen einen Deutschen eine der in den Abschnitten 16–20 des zweiten Theils oder in den §§ 176–178 bezeichneten vorläufigen Handlungen begangen hat; 7) ein Deutscher, welcher im Auslande eine nicht unter No. 1, 2, 3, oder ein Ausländer, welcher im Auslande gegen einen Deutschen eine nicht unter No. 1, 4 fallende Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen zu betrachten ist und zugleich durch die Gesetze des Orts, an welchem sie begangen wurde, mit Strafe bedroht ist. — 2) Vom Abg. Lasker, dessen Antrag mit dem Wolfson'schen a und b übereinstimmt, für die Nr. 2 der Regierungsvorlage aber folgende Fassung vor-

schlägt: 3) ein Ausländer, welcher im Auslande einen Deutschen vorläufig geißelt, oder gegen einen Deutschen eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder als vorläufig begangenes Vergehen anzusehen ist und durch die Gesetze des Orts, an welchem sie begangen wurde, mit Strafe bedroht ist; das ausländische Strafgesetz ist anzuwenden, soweit dies milder ist; 4) ein Deutscher, welcher im Auslande eine Handlung begangen hat, welche nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als Verbrechen oder als Vergehen anzusehen ist. Die Verfolgung ist auch zulässig, wenn der Thäter bei Begehung der Handlung noch nicht Deutscher war. In diesem Falle bedarf es jedoch, insofern nicht die Handlung gegen einen Deutschen begangen war, eines Antrages der zuständigen Behörde des Landes, in welchem die strafbare Handlung begangen worden, und das ausländische Strafgesetz ist anzuwenden, soweit dies milder ist. Die Strafverfolgung soll (§ 5) auch ausgeschlossen bleiben, wenn im Falle des § 4 Nr. 4 die Handlung nach den Gesetzen des Orts der That nicht mit Strafe bedroht ist. (Modification der jetzigen Nr. 1 des § 5.) — 3) Vom Abg. Bähr (Cassel), welcher eventuell für den Fall der Ablehnung des Antrages Wolfson beantragt, nur die Nr. 1 und 2 desselben unter unveränderter Aufrechterhaltung des übrigen Theils des gegenwärtigen § 4 anzunehmen.

Abg. Wolfson: Mein Antrag zu den §§ 4 und 5 ist das Resultat von Bepfropfungen mit Vertrauensmännern, welche die Dringlichkeit der Verbesserung der Paragraphen wegen der Einbringung des Gesetzes über die polynesischen Arbeiter anerkannten. Außer dem dem Sinne nach intact gelassenen Vorschriften des § 4 des Strafgesetzbuches ist in der gegenwärtigen Vorlage die Strafverfolgung der deutschen Gerichte in Beziehung auf Privatverbrechen, die nicht gegen den Staat, sondern gegen Private gerichtet sind, wesentlich eine ausgebeherrschtere, insofern wenn Ausländer gegen einen Deutschen im Auslande, als auch wenn ein Deutscher im Auslande gegen Deutsche oder Ausländer ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat, gleichviel ob dieselben im Auslande strafbar sind oder nicht. Den zweiten Theil dieser Erweiterung haben wir im Princip acceptirt, aber auf diejenigen Fälle eingeschränkt, wo ein Widerspruch gegen unsere allgemeinen sittlichen Anschauungen vorliegt. Zum Beispiel gegen die polynesischen Arbeiter unseres Staates sollen nur strafbar sein, wenn sie es auch am Orte der That sind. Wir haben in Bezug auf Ausländer die Strafverfolgung der deutschen Gerichte eingeschränkt auf die Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und das kleine Gebiet der persönlichen Vergeßlichkeit und der directen Angriffe auf das Vermögen der Deutschen im Auslande. Der Lasker'sche Antrag schließt sich mehr an das bestehende Strafgesetz an. Gemeinhaltlich ist allen Anträgen die Anrechnung der im Auslande erlittenen Strafe bei der Strafverfolgung und das Wort „fann“ am Eingange, welches der gesetzlichen Regelung bedürfen wird, falls bei den Prozeßgesetzen von ihrer Commission das Legitimitätsprinzip anerkannt werden wird. Wir haben in allen den Fällen, in denen das Bestehen des auswärtigen Strafgesetzes die eigentliche Bedingung der Strafbarkeit bildet, die Anwendung des milderen Strafgesetzes vorgeschlagen und ebenfalls in allen Fällen der Privatverbrechen ein auswärtiges Erkenntnis als absolvirend anzusehen. Das nationale Gefühlsgefühl, welches hier den Ausschlag geben muß, hält das Strafgesetz für ein Sittengesetz, das sich an den Staatsangehörigen wendet, ihm folgt und ihn nicht losläßt, während es im Lasker'schen nur die auswärtigen Gerichte, gleichsam die Auslieferung vertritt. Wollen wir von der Regierung einen wirksamen Schutz der Deutschen im Auslande verlangen, so müssen wir sie auch in die Lage setzen, den Deutschen im Auslande die correspondirenden Pflichten aufzulegen, und die pecuniären Ausländer, sobald sie in den Bereich ihrer Machtphäre kommen, zur Bestrafung ziehen zu können.

Abg. Thilo: Ich und meine politischen Freunde stehen ganz auf dem Standpunkte des Abg. Wolfson; sein Antrag untersteht sich von dem unsrigen nur dadurch, daß er, um eine mögliche Ungleichheit in Bezug auf die Bestrafung wegen bestimmter Handlungen in den verschiedenen Ländern zu vermeiden, gewisse Beschränkungen aufgenommen hat, die wir nicht für notwendig halten. Wir meinen, es ziemt sich für das Deutsche Reich, ohne Rücksicht darauf, ob andere Staaten ähnliche Strafbestimmungen haben, mit den Grundgesetzen vorzugehen, wie sie in diesem Paragraphen ausgesprochen werden. Es kann dieses Vorgehen für die Entwicklung des internationalen Rechts und der allgemeinen Rechtspflege nur vorteilhaft sein und ich bitte das Haus, unserem Antrage zuzustimmen.

Abg. Lasker: Es ist ein entschiedener Mißbrauch des Wortes „internationales Recht“, wenn dasselbe dahin ausgelegt wird, daß jeder Staat das Recht haben soll, einen Ausländer für Handlungen, die im Auslande begangen sind, auch dann zu bestrafen, wenn diese Handlungen dort, wo sie begangen sind, gar nicht mit Strafe bedroht sind. Das ist kein internationales Recht, sondern gegennationales Recht, dessen Anwendung notwendig zu Störung des guten Einvernehmens führen muß. (Sehr wahr.) Kein Staat der Welt wird sich eine derartige Bestrafung seines Unterthanen gefallen lassen. Das ist aber der Sinn und die Tragweite des Wolfson'schen Antrages, der freilich durch den Antrag Thilo in dieser Beziehung noch übertrieben wird durch die ganz ungeheuerliche Bestimmung, daß ein Ausländer in Deutschland wegen einer Handlung noch einmal soll angeklagt und bestraft werden können, wegen welcher er bereits in seinem Heimatlande abgeurtheilt bez. bestraft worden ist. In der Begründung des Abg. Wolfson wurde fortwährend die rein formelle Frage, ob wir berechtigt sind, einen Ausländer wegen einer bestimmten, in seiner Heimath begangenen Handlung zu ergreifen, verwechselt mit der des materiellen Strafrechts selbst, nämlich mit der Frage, nach welchem Strafrecht soll er verurtheilt werden, nach dem inländischen Recht oder nach dem Gesetze seines Heimatlandes. Es gibt nur zwei Staaten, die die materielle Strafrechts-Frage im erstgenannten Sinne entschieden haben, nämlich Schweden und Bayern. Kein einziger Großstaat aber ist bisher darauf gekommen, derartige Grundfälle anzustellen, wie sie die Regierungs-vorlage oder der Antrag Wolfson enthält. Die praktische Folge ihrer Annahme kann keine andere sein, als daß wir diese Bestimmungen gegen kleine und ohn-

mächtige Staaten zur Anwendung bringen, gegen große und mächtige Staaten unausgeführt lassen. (Sehr richtig!) Denn das letztere nicht thun, hieße geradezu kriegerische Verwickelungen heraufbesorgen. Wie wollen Sie es denn rechtfertigen, Jemanden auf Grund eines Gesetzes zu bestrafen, das er als er die Handlung in seinem Heimatlande beging, gar nicht zu kennen verpflichtet war, weil es das Gesetz eines fremden Landes ist. Mein Antrag will den Ausländer nur dann bestrafen wissen, wenn er im Ausland gegen einen Deutschen eine Handlung beging, die, wenn sie gegen einen Landsmann begangen, in seinem Heimatlande strafbar wäre. Der deutsche Staat ist nicht isolirt in der Welt, sondern ein Staat unter vielen Staaten; will er friedlich mit diesen Staaten leben, so muß er auch die Gesetze des Auslandes achten und nicht in grellen Widerspruch mit den Gesetzen aller Großmächte erklären: ich bestrafe eine gegen meine Staatsangehörigen vom Ausland verübte Handlung auch dann, wenn das Ausland die gleiche Handlung, gegen einen seiner Staatsangehörigen verübt, nicht bestraft. (Beifall links.)

Minister Leonhardt: Für den Fall, daß das Haus den Antrag Thilo, welcher auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gerichtet ist, nicht annehmen sollte, würden die verbündeten Regierungen mit dem Antrage Wolfson einverstanden sein.

Abg. Windthorst: Es ist in den ganzen Verhandlungen über diesen Paragraphen auch nicht der Schatten eines Beweises für die Nothwendigkeit der Abänderung des Strafgesetzbuches beigebracht worden. Ohne Noth aber ändere ich kein Gesetz, am wenigsten ein Strafgesetz, wenn diese Abänderung auf Verschärfung der Strafbestimmungen gerichtet ist. Daß der Antrag Thilo zu verwerfen sei, hat der Abg. Wolfson dargelegt, die Verwerflichkeit des Antrages Wolfson hat der Abg. Lasker nachgewiesen; ich aber hoffe das Haus überzeugt zu haben, daß auch der Antrag Lasker entschieden abgelehnt werden muß. (Heiterkeit. Beifall.)

Nachdem der Reichskanzleramts-Director v. Arnim den Antrag Wolfson empfohlen hat, wird in der Abstimmung zunächst das Amendement Thilo, für welches nur die Rechte stimmt, abgelehnt. Demnach wird der Antrag Wolfson gegen eine starke Minorität verworfen. (Gegen denselben das Centrum, die Fortschrittspartei, Polen, Socialdemokraten und ein Theil der Nationalliberalen, darunter v. Bennigsen, Lasker, Oppenheim, v. Lurub, Geiselt, Bamberger, Richter, v. Rönne u. A.). Der Antrag Lasker fällt gegen die Stimmen der Nationalliberalen. Dagegen wird der Antrag Bähr nach einmaliger zweifelhafter Abstimmung mit 180 gegen 161 Stimmen angenommen. (Gegen Fortschrittspartei, Centrum, Polen und Socialdemokraten.) — Director v. Arnim erklärt, daß nach dieser Abstimmung der Gesetzentwurf über die polynesischen Arbeiter nicht mehr haltbar sei, weshalb die verbündeten Regierungen denselben zurückziehen.

§ 95 der Vorlage, der in der zweiten Lesung unverändert angenommen worden, lautet: „Wer den Kaiser, seinen Landesherren, oder während seines Ansehens in einem Bundesstaate dessen Landesherren beleidigt, wird mit Gefängniß nicht unter zwei Monaten oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.“ Nach dem Antrage v. Schwarze beschließt das Haus ohne Debatte, statt der Worte „von gleicher Dauer“ zu setzen: „von zwei Monaten bis zu fünf Jahren.“

§ 102 bestraft Hochverrath und Landesverrath, welcher gegen auswärtige Staaten begangen wird, an Deutschen oder Ausländern, wenn diese zur Zeit der That sich in Deutschland aufhielten, mit 1 bis 10 Jahren Festungshaft, bei Annahme milderer Umstände mit Festungshaft nicht unter 6 Monaten, „sofern in dem anderen Staate nach veröffentlichten Staatsverträgen oder nach Gesetzen dem Deutschen Reich die Gegenseitigkeit verbürgt ist.“ Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig. — Abg. Thilo beantragt die in der zweiten Lesung hinzugefügten Schlusssätze von „sofern in dem anderen Staate“ bis zum Schluß des Paragraphen zu streichen und an ihre Stelle zu setzen: „Die Verfolgung tritt nur mit Ermächtigung des auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches ein.“ — Abg. v. Schwarze stimmt diesem Antrage bei; für den Fall der Ablehnung desselben bittet er, wenigstens die Worte: „nach veröffentlichten Staatsverträgen oder nach Gesetzen“ zu streichen. — Abg. Bernards beantragt, hinter den Worten: „wenn mildernde Umstände vorhanden sind“ statt der Worte: „mit Festungshaft nicht unter sechs Monaten“ zu setzen: „mit Festungshaft von sechs Monaten bis zu 10 Jahren.“ — Der § wird nach Ablehnung des Amendements Thilo in der nach den Anträgen Bernards und Schwarze modificirten Fassung angenommen.

Der in der zweiten Lesung abgelehnte § 130 (Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verächtliche Klagen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreißt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft) — ist von dem Abg. Frhrn. zu Rabenau wieder aufgenommen.

Fürst Bismarck: Ich entnehme aus der ziemlich einstimmigen Verwerfung dieser und anderer Paragraphen doch eine gewisse Verpflichtung der verbündeten Regierungen und meiner, namentlich die Motive einigermaßen zu rechtfertigen, die die Regierungen dahin gebracht haben, dergleichen Anträge zu stellen, ohne daß sie im Reichstage auf eine Annahme rechnen konnten. Ich bin dabei nicht der Ansicht, die ein Mitglied der Fortschrittspartei ausgesprochen hat, daß verantwortliche Minister überhaupt Anträge nicht einbringen dürfen, deren Annahme sie nicht voraussehen. Damit ist der principielle Boden der monarchischen Verfassung verlassen und die republikanische Selbstregierung in Deutschland eingeführt, ich würde nicht Minister des Kaisers sein, sondern der Minister der Versammlung. Ich vindicire uns das Recht, solche Anträge einzubringen, von denen wir mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit einsehen, daß sie verworfen werden, um daran eine Discussion anzuknüpfen und, wenn die Discussion sich Jahre lang hinzieht, unter Umständen von einem Reichstag an den anderen zu appellieren, bis die Ueberzeugung des einen Theils sich ändert. Ich fühle danach die Verpflichtung, Ihnen darzulegen, wie die Schäden, welche wir abwenden wollen, sich aus der ministeriellen Perspective darstellen und warum wir Abhilfe erbitten.

Es handelt sich um verschiedene Vergehen, die durch die Presse begangen werden. Im Wesentlichen kommt es mir im Augenblicke darauf an, die Schäden etwas näher zu berühren, die durch die Verbreitung falscher Zeitungsnachrichten entstehen. Die Entstehung der Sachlage in Bezug auf Krieg und Frieden läßt sich in einem kurzen Worte als Kriegslüge bezeichnen, die seit länger als zwölf Jahren die ängstlichen Gemüther verwirrt und dazu beiträgt, daß die Geschäfte in dem Grade darniederliegen, wie es der Fall ist. In französischen Zeitungen (Nebenbei verliert ein französischer Artikel) ist zuerst die Lüge aufgenommen, daß wir Holland zu annektieren beabsichtigen. Seit dem österreichischen und dem darauf folgenden französischen Kriege sind wir ununterbrochen verdächtigt worden. 1871 hieß es, wir wollten die Ostprovinzen von Rußland erobern, dann kamen die Nachrichten von Veränderungen mit Oesterreich und dann kamen bis zu dem Culminationspunkt im vorigen Frühjahr allerlei Kriegslärmartikel. Daß bei allen diesen das Wort „offiziös“ gemißbraucht worden ist, hat mich namentlich veranlaßt, bei dieser Gelegenheit das Wort zu ergreifen, um über den damit getriebenen Schwindel meine offene Verurteilung auszusprechen. Es ist nicht zu leugnen, daß der Regierung die Vertretung ihrer Interessen in der Presse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wünschenswerth sein muß. Es ist daher wohl natürlich, wenn die Regierungen sich, wo sie etwas im amtlichen Blatte nicht sagen wollen, in irgend einem besondern Blatte jenseit weißes Papier sichern, als sie brauchen, um ihre Meinung zu äußern. Ein solches Blatt war früher die „Nordd. Allg. Zeitung“, die der Regierung vom dem Eigenthümer aus reiner Ueberzeugung ohne Geld-Unterstützung in freundschaftlicher Weise zur Verfügung gestellt worden war. Die Regierung hat dies Anerkennen benutzt. Davon aber, wie die meisten Blätter annehmen, daß alle Artikel in einem solchen Blatte von dem Minister gewissermaßen redigirt, daß er für jeden Wortlaut verantwortlich gemacht werden kann, ist keine Rede; und darin liegt die Gefahr, die mich bewegen hat, darauf absolut zu verzichten, meine Meinung in der Presse zu vertreten. Es kam in der Zeit, wo diese Verbindung bestand, manchmal vor, daß ein Minister das Bedürfnis hatte, irgend eine Meinung mitgetheilt zu sehen. Der Minister giebt dann seinem Vortragenden Rath den Auftrag, einen Artikel zu schreiben, den man, wenn die Sache sehr wichtig ist, unter Umständen nachsehen. Sehr selten redigirt man ihn selber, und die von mir redigirten wären bei einem guten Willen wohl kenntlich gewesen. Nun entspringt sich eine Verbindung zwischen den Organen des Ministeriums und dem Blatte, und es werden dann auch Nachrichten ohne speziellen Auftrag mitgetheilt, die aber mitgetheilt werden dürfen und können. Das muß notwendigerweise dem Ermessen der einzelnen Gewährsmänner einigermaßen überlassen werden. Es kam ja auch in einem solchen Blatte etwas stehen, was die Redaction als Lügenbühne hinstellt. Der Rath schreibt auch nicht immer selber und sieht selten mit der Redaction in Verbindung, sondern Correspondenten kommen zu ihm. So wie das Blatt mit Recht einen offiziellen Ruf hat, so ist alles, was darin steht, für das Publikum so gut, als wenn es in dem „Staatsanzeiger“ gestanden hätte. Nun werden auch Nachrichten aus bösem Willen, um die Reichspolitik zu schädigen, als „offiziös“ bezeichnet, es gar nicht sind. Sehr oft hat der Zeitungsschreiber die bloße Tendenz, seiner Meinung ein Relief zu geben und deshalb bezeichnet er die von ihm bekämpfte Meinung als officiös. Sonst würde das lesende Publikum gar nicht begreifen, warum der Mann das schreibt, sowie er aber die Behauptung aufstellt, die gegnerische Meinung sei officiös, tritt er dem Reichskanzler persönlich gegenüber. Es hat keine Dummheit gegeben, die man mir auf diese Weise nicht imputirt hat. (Heiterkeit.) Deshalb ergreife ich diese Gelegenheit, um auf das Bestimmteste zu erklären, daß es kein officiöses Blatt des auswärtigen Amtes giebt, auch keine officiöse Mittheilung oder officiöser Artikel in irgend ein Blatt ergreift. Jeder, der behauptet, einen Artikel von dem auswärtigen Amt zu besitzen, muß sich bewußt sein, daß er eine Unwahrheit wissenschaftlich verbreitet. Es giebt keine officiöse Presse. Es ist für mich sehr unangenehm, daß ich nun in „Staatsanzeiger“, einem anerkannt offiziellen Organ, oder unter Umständen in der „Provinzial-Correspondenz“ eine Meinung zur öffentlichen Kenntniß bringen kann; indeß ich bin dabei sicher, daß ich nur für das verantwortlich gemacht werden kann, was ich wirklich als meine Meinung erklärt habe. Blätter, die einmal zu solchen Mittheilungen gebraucht worden sind, werden gewöhnlich als subventionirt bezeichnet und man wendet auf sie das Wort Reptil an. Wie entstand das Wort? Ich nannte Reptile die Leute, die im Verborgenen gegen unsere Politik, gegen die Politik des Staates intrigiren. Und nun hat man das Wort angewendet und nennt Reptile gerade diejenigen, die das aussprechen, was die Regierung will. Ich erkläre nochmals, daß es auswärtige Reptile in diesem Sinne absolut nicht giebt. (Heiterkeit.) Wenn gewisse Mittheilungen gemacht werden, von denen man sich sagen kann, daß sie nur von einer amtlichen Stelle mitgetheilt sein können und wenn diese Artikel in zwei, drei Zeitungen wiederholt werden, dann ist es für den Leser, der das Geschäftsverhältnis nicht kennt, Beweis genug, daß die Artikel officiös sind. Das ist in gewissem Grade richtig, nur nicht officiös in Bezug auf das Deutsche Reich, das sind officiöse Mittheilungen von Correspondenten anderer Regierungen. Es ist ja für jede Gesandtschaft in jedem Lande eine große Annehmlichkeit, wenn sich zu ihr ein Zeitungscorrespondent herausfindet, oder auch mehrere, die sagen: „Wenn Sie etwas haben, sagen Sie es mir; ich verlange kein Geld.“ Ein solcher Correspondent braucht nur mit einer Gesandtschaft in engerer Beziehung zu stehen, ihr ab und zu den Gefallen zu thun, eine Sache, die der Regierung zu sehr am Herzen liegt, zu veröffentlichen, so wird der Gesandte sehr gern Nachrichten, die für das Ganze notwendig scheinen, verbreiten, und so wird ein scheinend officiöser Artikel entstanden sein. Wenn diese noch immer richtig wären, aber der Gesandte sagt zu einem solchen Herren nicht alles, was er weiß, sondern nur das, von dem er wünscht, daß es geglaubt wird, und so entsteht der Nachtheil, daß diese Entstellung der Thatsache in Bezug auf Krieg und Frieden erheblich schädlich auf unsere Geschäfte wirkt. Die eigentliche Schuld liegt doch aber an der großen Leichtgläubigkeit der Leser und ihrer Sensationsbedürftigkeit. Die Zeitungen sollen vor Allem politische Unterhaltungsliteratur bringen, die man eben beim Schoppen discutirt, um eine anregende Unterhaltung zu haben. Vor allen Dingen wird etwas Neues weit aus dem Auslande erwartet. Der leichtgläubige Hunger nach diplomatischen Neuigkeiten entschuldigt die Zeitungs-Redactionen zum großen Theil, es ist der Fehler des lesenden Publikums. Ich erinnere an die Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr; ich meine die Artikel der „Post“. Für dies Blatt habe ich meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten, der „Der Krieg in Sicht“ überschrieben war. Aber ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird, denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege. Der Krieg wird stets nur durch Minoritäten oder früher in absoluten Staaten durch die Beherrscher oder die Cabinete allein entzündet. Aber der ich doch ganz gewiß des Krieges, der Brandlegung nicht verdächtig, der zuerst Feuer schreit. Wenn es wirklich einen kriegslustigen Minister gäbe, der würde wahrlich nicht

zuerst in der Presse Lärm schlagen, um die Böschmannschaft zu rufen, sondern er müßte erst die Zustimmung seines Oberherrn haben. Se. Majestät hat Kriege führen müssen, sie ungenügend geführt, sich schwer damit entschlossen und hat großen Ruhm darin erlangt, aber ist in einem Alter, wo man nicht gern Fabeln sucht; also kein Mensch wird glauben, daß der Kaiser kriegslustig ist. Ist das aber nicht der Fall, so ist alles, was man von einem kriegslustigen Minister spricht, Windbeutelerei (Heiterkeit) und bewußte Entstellung der Thatsachen. Denken Sie sich die Lage, wenn ich vor einem Jahre hier vor Sie getreten wäre und hätte Ihnen aus- einandergelegt: wir müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen bestimmten Grund dafür nicht anzugeben. Wir sind nicht beleidigt, aber die Situation ist gefährlich, wir haben eine Menge mächtiger Armeen zu Nachbarn, die französische Armee organisiert sich in einer beunruhigenden Weise, ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 500 Millionen A., um zu rüsten. Würden Sie nicht sehr geneigt gewesen sein, nach dem Arzte zu schicken, um mich untersuchen zu lassen (Heiterkeit), wie ich nach einer langen politischen Erfahrung diese colossale Dummheit habe begehen können so vor Sie zu treten? Wenn Sie die Sache bei Licht besehen, so werden Sie sich ja überzeugen, daß es für einen Kanzler, der allein verantwortlich ist, um so schwerer sein würde, vor einer friedliebenden Bevölkerung — das ist die deutsche in hohem Maße, so lange sie nicht angegriffen wird, wir haben nichts zu erobern, nichts zu gewinnen, wir sind zufrieden mit dem, was wir haben, und es ist Verleumdung, wenn man uns Eroberungslust vorwirft (lebhafte Beifall) — hinstellen und zu sagen: es muß Krieg geführt werden; meine Entlassung wäre die natürliche Folge gewesen. Es traten zu der Leichtgläubigkeit im vorigen Frühjahr noch Verhältnisse, die ich nicht auseinanderlegen will, hinzu, da einzelne Diplomaten aus trüben Quellen schöpfen und aus Mangel an Erfahrung wirklich überzeugt waren, daß diese trüben Quellen reines Wasser wären, daß Saloneinwirkungen durch gesellschaftlich hochgestellte Personen stattfanden, die Irthümer aussprachen, weil sie entweder nicht eingeweiht genug waren, oder nicht unparteiisch genug, um das Deutsche Reich wohlwollend zu beurtheilen. Wenn ich mich hier über die öffentliche Leichtgläubigkeit tabelnd ausspreche, so will ich sie nicht unter einen Hut bringen mit denjenigen, welche in Beziehung zu den Vätern der Börse stehen. Es liegt ja häufig der Fall vor, daß Telegramme fälschlich gemacht werden und dann an die Reutersche telegraphische Agence Habs gehen, die Bruttstätte aller Enten solcher Art. Einmalen leiden unter diesen Gerüchten nur die Geschäfte; die Geschäfte leiden aber auch unter einer anderen Art von Presse, ich möchte sie bezeichnen, die im Dunkeln wirkt, nur bei dem Lichte einer Blendlaterne. Diese Presse hat ihre Verbreitung vorzugsweise unter Leuten von wenig Mitteln und wenig Bildung, die nicht im Stande sind, die dreisten Lügen, welche man ihnen aufzudrückt, zu controliren. Diese Art der Presse hat bei dem gemeinen Mann, der mit Recht glaubt, daß er in üblichen Verhältnissen lebt, ein leichtes Spiel, indem sie ihn glauben macht, daß er durch weniger Arbeit und durch eine Anweisung auf das Vermögen seiner Mitbürger dieser Lage dauernd abhelfen könne. Diese socialistischen Lüste haben wesentlich mit dazu beigetragen, den geschäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, hervorzuheben. Sie haben die Leute auf unrealisirbare Hoffnungen verwiesen, die sie von regelmäßiger fleißiger Arbeit abhalten, und deshalb klage ich die Führer an, daß sie an der Noth des Arbeiterstandes wesentlich mit Schuld sind. (Beifall.) Wenn diese Zustände fortbauern, so gehen wir der Verarmung entgegen, das wird die Zukunft sein, die Gott über diese Erbsen verhängt. Wenn Sie in der Weise, wie wir vorschlagen, dem Uebel jetzt nicht abhelfen werden, so erwarten wir, daß in der nächsten Session andere Vorschläge Ihre Zustimmung finden werden. Einmalen glaube ich, daß es schon helfen würde, wenn wir den Leuten mit den Mitteln, die von dem Reichsrichter ganz unabhängig sind, fest entgegengetreten. Mit Tadel und Belehrung von der Schule ab und von der Verbesserung der Schuleinrichtungen verpönde ich mir eine Verbesserung insbesondere der Provinzialpresse, die auf die kleinen Leute wirkt. Ich möchte aber doch schon jetzt dazu auffordern, daß etwas mehr dagegen geschieht. Wenn hier einer der socialdemokratischen Abgeordneten spricht, so ist es hergebracht, darauf nicht zu antworten. Ich halte diese Methode für sehr verfehlt. Ich würde, wenn ich Abgeordneter wäre, oder wenn ich ein vollständig gesunder und arbeitsfähiger Minister wäre, vielmehr den Theorien, die dort aufgestellt werden, fest und direkt zu Leibe gehen und es nicht machen wie diese Verarmung hier. Es ist doch wohl nicht richtig, was der Abg. Bamberger sagte, daß wir die ganzen socialistischen Lehren schon alle an den Kinderbüchern abgetreten haben — so gelehrt wie der Abg. Bamberger sind die wenigsten von uns (Heiterkeit). Es ist in dem Socialismus doch sehr viel Neues hervorgetreten und sehr viele von uns haben niemals ein socialistisches Blatt gesehen, geschweige denn aufmerksam durchgesehen. Wir beobachteten die ganze Bewegung viel zu wenig und beurtheilten sie nur vom Hörenjagen. Ich besinne mich selbst gern, daß ich soweit wie der Abg. Bamberger nicht bin; mir kann noch viel Aufklärung darüber zu Theil werden und ich bin bereit, mehr zu hören. Ich glaube auch, daß wir uns durch offene Discussion dieser Frage im Hause und ganz besonders in der Presse gegenseitig Waffen in die Hand geben können, und daß wir unseren Wählern an die Hand gehen können mit dem Recept der verführerischen Lehren, die im Socialismus, was er sich hier verkörpert hat, enthalten sind, in dem Maße, daß die Mörder und Mordbrenner der Pariser Commune hier eine öffentliche Lobes- erhebung vor dem Reichstage erhalten haben, ohne daß eine entgegengesetzte Ansicht ausgesprochen wurde, was bei solchen Excessen vielleicht auch nicht möglich ist. Nach meiner Meinung wäre es viel nützlicher, die socialistischen Blätter mehr zu verbreiten. Den Herren Socialisten geschieht damit ein großer Gefallen, sie haben ja auch meinem Kollegen, dem Grafen Eulenburg, ihren Dank dafür votirt, daß er dazu beitrage, als Apostel ihre Lehre zu verbreiten. Die Verbreitung wird das Gute haben, daß die socialistischen Gebilde in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit werden erkannt werden. (Beifall.) Dann ist die Entstellung der Thatsachen auch noch in dem Verlegen aller unserer inneren Streitgebiete von dem sachlichen auf das persönliche Gebiet hervorgetreten. Man bemüht sich nicht, sachlich zu widerlegen, sondern nachzuweisen, daß der Gegner eigentlich ein schlechter Kerl ist, man spürt in seinem Privatleben nach, kurz und gut, treibt Verleumdung. Ich kenne viele Herren, die im persönlichen Verkehr nicht 10 Procent von den unfreundlichen Worten über die Lippen bringen würden, die sie drucken lassen und öffentlich vor den Leuten sprechen. Ich glaube, wir würden, wenn wir mehr Achtung gegenseitig für unsere Meinung haben, auch Achtung für die Meinungen der Regierung — etwas weiter kommen. Man hat mit Hinweis auf andere Länder von dem Minister eine gewisse Diffideltät gegen Verleumdungen verlangt. Ich muß bekennen, ich ziehe einen Staat vor, wo die Minister sich ein feines Gefühl gegen Niederträchtigkeiten, die ihnen ins Gesicht geschleudert werden, bewahrt haben, — kurz, abgehartete, diffidelt Minister sind nicht mein Ideal. Hätten wir die Minister erst so, daß sie für die öffentliche Meinung nicht mehr zugänglich sind oder keine Scham und Empfindung für öffentliche Verleumdungen übrig haben, dann kann es sehr leicht kommen, daß künftig ein Minister sagt: ich höre

es mir, daß ich ehrlich bin, verleumdet werde ich ja doch; und von jedem Minister wird heute zu Tage behauptet, daß er persönlichen Eigennutz verfolgt. Wenn ein Blatt wie die „Kreuzzeitung“, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entbietet, die schändlichsten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen in einer Form, die strafrechtlich nach dem Urtheil juristischer Autoritäten nicht zu fassen ist, aber daß der Leser den Eindruck hat: hier wird den Ministern unerbittliche Handlungsweise vorgeworfen, wenn ein solches Blatt dann schweigt, wenn man das alles für Lügen erklärt, so ist das ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und Niemand sollte mit einem Monument sich indirect daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich loslängen. Also, ich glaube, wir können außerhalb des Strafgesetzes sehr viel thun, wenn wir alle den Sinn für Ehre und Anstand haben, für christliche Gesinnung und Sitte, welche die christliche Gesinnung nicht bloß als Anhängsel für politischen Streit brauchen — wenn wir alle die Schlichtigkeits, die ich so eben bezeichnet habe, verfolgen und in Bann halten, jeher vor seiner Thür, so werden wir mehr erreichen, als mit dem Strafrecht. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Windthorst: Wie der Reichskanzler bemerkt, giebt es vielerlei Mittel gegenüber den verderblichen Tendenzen in unserem Vaterlande, aber daß man ihnen mit dem vorgeschlagenen Paragraphen beikommen kann, hat er nicht bewiesen. Der Reichskanzler hat uns dann versichert, daß es sehr bedenklich sei, falsche Nachrichten über Krieg und Frieden zu verbreiten, weil dies der Thätigkeit auf gewerblichen Gebieten durchaus nachtheilig sei. Ich glaube nicht, daß an der Banque im vorigen Frühjahr lediglich die Presse schuld war, und andere Zeichen erhalten in mir den Glauben, daß die Kriegsbeschlüsse nicht so ganz unbegründet waren. Jedenfalls wäre heute eine offene Erklärung über die Lage der Dinge im Orient durchaus im Interesse des Friedens. Die Erklärung, daß es keine officiösen auswärtigen Berichterhalter mehr gebe, hat mich sehr befriedigt; noch lieber wäre es mir freilich gewesen, wenn sich der Reichskanzler auch von der „Provinzial-Correspondenz“ losgelöst hätte, die es an alarmirenden und ungeschickten Artikeln nicht fehlen läßt (Zustimmung im Centrum), und noch mißlicher wäre es, wenn man uns auch zugesagt hätte, daß auch die inneren Repetitionen, die so oft das große Publikum noch mehr beunruhigen, wie die auswärtigen, eingehen sollten, und daß unser diplomatisches Corps ebenfalls gründlich mit den Reptilien bricht. Es würde freilich notwendig sein, daß die Regierung alle Verbindung mit den Männern aufgibt, welche das Reptilienfutter antreiben und die großen Fonds, die heute dazu benutzt werden, wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zu Gute kommen läßt. So lange das nicht geschieht, glauben wir immer noch an einen Rückfall in die alte Unsitte. Was den bewußten Postartikel anlangt, so versichert uns der Reichskanzler, daß er aus keiner officiellen Quelle stamme, denn wer Feuer anzulegen wolle, meinte er, würde doch nicht zuerst darauf aufmerksam machen. Ich weiß aus meinen criminalistischen Erfahrungen, daß Brandstifter oft am lautesten Feuer schreien. Im Resultat bin ich mit dem Reichskanzler einverstanden. Unsere Zeitungen treiben zu viel auswärtige Politik, und sie würden dies vielleicht unterlassen, wenn man dem Reichstage mehr Klarheit über die Lage derselben verschaffen würde. Wenn man aber stets ein verschlossenes Buch vor sich hat, so ist man leicht geneigt, darin große Geheimnisse zu vermuthen. Es wäre das eines der Mittel, um den verderblichen Tendenzen entgegenzutreten. Gewiß müssen wir den socialistischen Lehren unsere größte Aufmerksamkeit widmen, aber nicht mit Hilfe der hier vorgeschlagenen Maßregel, sondern indem wir diese Lehren frei und offen discutiren, weil ich weiß, daß sie dann an dem gefunden Sinn des Volks verfaulen werden. Freilich müssen wir auch das Richtige aus diesen Lehren an's Licht ziehen und streben, es zu Nütze zu machen. Ich zweifle nicht, daß gerade unsere wirtschaftliche und kirchenpolitische Politik die Ausbreitung der Socialdemokratie am meisten begünstigt hat. (Zustimmung im Centrum.) Daß unsere Arbeiter nicht mehr so arbeitsam sind wie früher, ist leider richtig, dennoch glaube ich, daß die gegenwärtige Calamität weniger eine Folge davon, als der Ueber speculation ist, und daß wir nicht eher wieder erträgliche Zustände haben werden, als bis alles Unkraut ausgerodet und es mit dem Grünbewesen gänzlich zu Ende ist. Es ist auch richtig, daß unter politischen Leben durch die persönlichen Angriffe, die jetzt an der Tagesordnung sind, nahezu vergiftet ist. Ich wünschte daher, daß nachdem die auswärtigen Reptilien abgethan sind, man die inneren anzeige, sich solcher Verdächtigungen zu enthalten, wie man sie in der officiösen Presse liest. Endlich gebe ich zu, daß es besser ist, empfindliche Minister zu haben, als unempfindliche; und besonders lieb ist mir die Empfindlichkeit gegenüber den Beschläffen der legislativen Körper. (Große Heiterkeit.) Wenn sie aber empfindlich sind gegen die Angriffe ihrer Person, so dürfte es wohl nicht unbedenklich sein, die gehorhamste Bitte auszusprechen, sich zu vergegenwärtigen, daß die ihnen gegenüber stehenden Männer und Parteien ebenso empfindlich sind wie sie. (Zustimmung im Centrum.)

Fürst Bismarck: Ich freue mich, daß der Vorredner in so vielen Punkten mit mir einverstanden ist, auch bezüglich des Tones, der neuerdings in der Presse eingeht. Ich hoffe, daß das Beispiel des Vorredners auch von den Blättern seiner Partei befolgt werden wird. Ich würde dann nicht nötig haben, so viele Strafanträge gegen diese Organe zu stellen, wie ich es heute für notwendig halte, um ihnen guten Ton anzugewöhnen. (Heiterkeit.) Die Aufrichtigkeit meiner Versicherung, daß wir im vorigen Frühjahr von den friedlichen Ansichten befreit gewesen, hat der Vorredner bezweifeln zu müssen geglaubt. Ich glaube vielleicht auch nicht alles, was er sagt, aber daß er wesentlich die Unwahrheit spricht, nehme ich niemals an und nicht Geringeres hat er mir vorgeworfen, als er mir vertraute, hier amtlich wider mein besseres Wissen eine unrichtige Erklärung abzugeben. Er meint, daß außer dem Postartikel noch andere Anlässe für einen Krieg in Sicht gesprochen hätten. Dieser Anlaß habe ich ja bereits gedacht, als ich von Privatcorrespondenzen hochgestellter Personen sprach, welche wenn auch persönlich, so doch politisch der Partei des Vorredners viel näher stehen als mir, so daß ich annehmen mußte, daß seine Partei damals sehr kriegsbedürftig war. Wenn Dr. Windthorst dann von der Prethätigkeit des diplomatischen Corps gesprochen, so versichere ich ihm, daß meines Corps kein Mitglied desselben etwas schreibt. Ich bitte ihn, mir einen Gesandten des Deutschen Reiches, der in dieser Weise thätig ist, namhaft zu machen, damit ich gegen ihn einschreiten kann. Was schließlich die orientalische Frage anlangt, so habe ich zu viel Achtung vor meinem alten Präsidenten, um mich trotz der Provocation des Vorredners so weit von dem Gegenstande der Verhandlung zu entfernen. (Große Heiterkeit.) So viel Geographie dürfte übrigens der Vorredner kennen, um sich zu sagen, daß Deutschland's Interesse nur auf die Erhaltung des Friedens im Orient gerichtet sein kann. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Rabenau zieht seinen Antrag auf Wiederherstellung des § 130 nunmehr zurück. — Abg. Windthorst bemerkt persönlich, daß er weit entfernt gewesen sei anzunehmen, daß wenn der Reichskanzler etwas amtlich erkläre, dies unrichtig sein könne. Wenn der Reichskanzler behauptet, die Urheber der Verleumdungen über einen im vorigen Frühjahr in Aussicht stehenden Krieg ständen der Centrapartei näher als dem auswärtigen Amt, so habe er darüber ein Urtheil nicht, da der Reichskanzler nähere Angaben nicht

gemacht habe. Bis dies geschehen, erlaube er sich, in Anbetracht, daß jene Bemerkung keine amtliche gewesen, an der Wichtigkeit derselben in aller Heidenheit zu zweifeln. Jedenfalls habe die Centrapartei das dringendste Bedürfnis nach Frieden und er wünsche nur, daß der Reichskanzler die friedfertigen Gesinnungen theile. — Abgeordneter Bebel bedauert, daß das Haus durch Annahme des Schluß-Antrages der socialdemokratischen Partei die Möglichkeit genommen habe, sich gegen die Angriffe des Reichskanzlers zu verteidigen. Aus der Vertreibung der Pariser Commune habe der Reichskanzler überdies einen persönlichen Angriff gegen ihn selbst beigeleitet, indem er behauptete, daß er Mörder und Mordbrenner vertheidigt habe. Diese Insinuation weise er als eine persönliche Verleumdung entschieden zurück. Daß die Communards als solche keine Mörder und Mordbrenner gewesen, beweise die Thatsache, daß die Schweiz, Belgien und England ihre Auslieferung verweigerten. —

Abg. Bamberger wendet sich gegen die vom Reichskanzler karastisch gegen ihn gebrachte Bezeichnung eines „Gelehrten“ oder „gelehrten Wollenden“, wird vom Präsidenten jedoch unter großer Heiterkeit des Hauses durch die Bemerkung unterbrochen, daß die Abwehr einer derartigen Bezeichnung nicht zulässig sei. Abg. Bamberger erklärt ferner, daß er den Minister Graf Eulenburg nicht deshalb bekämpft habe, weil er seine Angriffe gegen die socialdemokratische Partei gerichtet, sondern weil er nicht gleichzeitig gegen die ihm näher stehenden Preßzeugnisse der mit den Socialisten liebhabenden Parteien vorgegangen sei. (Unruhe rechts.) — Das Haus vertagt hierauf die weitere Berathung bis Donnerstag.

Danzig, den 10. Februar.

So sieht, wie in der gestrigen sechsständigen Sitzung, welche der ehemalige Präsident Dr. Simon leitete, waren die Bänke des Reichstages in dieser Session noch nicht besetzt; zur dritten Session der Strafgesetznovelle hatten die Fraktionen alle Kräfte herangezogen; das Centrum war wohl vollständig am Platze. Die in zweiter Berathung abgelehnten §§ 4 und 5 der Novelle, welche von den im Auslande begangenen Verbrechen und Vergehen handeln, waren in veränderter Form von mehreren Seiten wieder aufgenommen worden. Nach einer sehr ausgedehnten juristisch-technischen Discussion wurden sämtliche Anträge mit Ausnahme eines Antrages Bähr-Raffel abgelehnt. Durch diesen wird der gegenwärtig bestehende § 4 des Strafgesetzbuches nur um die Bestimmung bereichert, daß nach den deutschen Strafgesetzen auch verfolgt werden kann ein Ausländer, der im Auslande als Beamter des deutschen Reiches oder eines Bundesstaats eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des deutschen Reiches als Verbrechen oder Vergehen im Amte anzusehen ist. Das Interesse der Sitzung erreichte seinen Höhepunkt bei den bekannten Kaufschuppenparagrafen 130 und 131. Nach der bestehenden Geschäftsprozedur hätten diese Paragraphen, als in der zweiten Session abgelehnt, von selbst nicht abermals zur Discussion gelangen können; der Abg. v. Rabenau nahm sie daher formell wieder auf, um dem Reichskanzler die von demselben gewünschte Gelegenheit zur Darlegung seiner Ansichten über die in R. de stehende Materie zu verschaffen. Fürst Bismarck versuchte nicht, das Haus zu Gunsten der beiden genannten Paragraphen umzustimmen; er wollte nur nochmals den Standpunkt der Regierung kennzeichnen. Zu dem Zwecke schilderte auch er die Gefahren des Socialismus. Von weit größerem Interesse aber, als dieser Theil seiner Rede, waren seine Aeußerungen über die Presse. Er erinnerte daran, wie durch erdichtete Behauptungen derselben eine fortwährende Beunruhigung erzeugt werde, und kam in diesem Zusammenhange auch auf die im vorigen Frühjahr gegen die deutsche Regierung erhobene Beschuldigung der Friedensstörung zu sprechen. Auf das Windigste versicherte er, daß deutscherseits eine kriegerische Absicht damals durchaus nicht vorhanden gewesen sei. Neben Zusammenhang mit damaligen Aeußerungen für officiös gehaltener Blätter legte er entschieden ab; dagegen entwarf er ein Bild der verschwiegenen, theilweise der fremden Diplomatie angehörigen Factoren, durch welche die schiefsten und beunruhigendsten Gerüchte in's Werk gesetzt wurden. Manches ließ er nur durchblicken, so z. B. wenn er die Saloneinflüsse und brieflichen Auslassungen hochgestellter Personen erwähnte, die in politischer Beziehung dem Abg. Windthorst näher als dem Kanzler ständen. Fürst Bismarck bestätigte in seinen Auslassungen über die Presse ausdrücklich, daß es jetzt keine von ihm oder von dem auswärtigen Amte beeinflusste officiöse Presse mehr gebe, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ also, worauf wir schon mehrmals zu deren Aerger aufmerksam machten, nun auf eigene Hand arbeite. Schließlich kam der Kanzler noch auf die durch die Presse verbreiteten Verdächtigungen zu sprechen, wobei er besonders über die „Kreuztg.“ wegen ihrer Bleichröder-Artikel den Stab brach. Der Abg. Windthorst konnte sich nicht enthalten, den Reichskanzler mit einer Partie ausgesuchter Nadelstiche zu erfreuen, um damit die Friedenssehnsucht des Centrums zu illustriren; Fürst Bismarck wehrte sie nicht eben zu sanft ab. Unter einer Fluth persönlicher Bemerkungen schloß die Sitzung.

Herr v. Arnim-Schlagenthin, der Sohn des Grafen Harry v. Arnim, der sich seines Vaters in so lebhafter Weise angenommen hat, ist an einer Rippenfell-Entzündung lebensgefährlich erkrankt. Sein Vater hat, nach der „Köln. Ztg.“, aus Florenz telegraphirt, er werde sofort nach Berlin kommen, unbekümmert um die zu gewärtigende Verhaftung, denn er müsse seinen Sohn sehen. Man hat ihm zurücktelegraphirt, er möge noch 24 Stunden warten, da so eben eine leichte Wendung zum Bessern im Befinden des jungen Arnim eingetreten ist. Man erzählt, daß die Familie v. Arnim vor ungefähr zwölf Tagen eine Bittschrift mit gegen 60 Unterschriften versehen an den Kaiser gerichtet habe, um diesen zu bitten, in Anbetracht aller Umstände dem Grafen Harry v. Arnim volle Begnadigung zu gewähren. Unter diesen Umständen — meint die „Köln. Ztg.“ — ist ein sehr gewichtiger der, daß auch die Krankheit des Grafen Harry v. Arnim bedenklicher Natur ist.

In dem Ausschusse des Congresses Deutscher Landwirthe hat sich nach der „N. A. Z.“ eine Aenderung vollzogen, die vorauszuweisen war. Die Herren Fürst Hohenlohe-Schillingen, der als Vorsitzender, v. Rabenau (Heffen), Scipio (Baden), Bahr (Baiern), welche als Mitglieder des Ausschusses fungirten, sind aus demselben aus-

geschieden. Diese Männer hatten die Wahl in der Ausübung der Hoffnung angenommen, daß der Eingriff sich von unbedeutenden agrarischen Beschlüssen zu wichtigen politischen Entscheidungen im Dezember ein Fall vor, welcher beweist, wie sehr der Ausschuss zu agrarischen Extremen neigte. In einer damals stattfindenden Sitzung, welche die genannten vier Herren wegen einer gleichzeitigen Verhandlung des Reichstags gleich im Anfang verlassen mußten, wurde nämlich unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten v. Wedell-Beßingsdorf der Beschluß gefaßt, eine Broschüre des verstorbenen v. Bedemeyer, welche gegen die Arbeiter-Enquete-Kommission gerichtet war, in großer Zahl von Exemplaren zu erwerben. Diese Schrift enthält schwere Beleidigungen gegen die Mitglieder jener Kommission, Prof. v. Golz, Richter-Reisen, Langsdorf u. s. w. Da die genannten Herren mitten in ihren Reichstags-Geschäften nicht sofort Nutzen gehabt hätten, die Schrift zu lesen, so entging ihnen eine Zeit lang die Bedeutung jenes Vorganges, sonst würde ihr Rücktritt sofort im Dezember geschehen sein. Jetzt ist nun eingetreten, was wir von vornherein, als Fürst-Hohenlohe-Bangenberg auf dringende Bitten den Vorstitz übernahm, als wahrnehmlich vorausgesetzt haben.

Ueber die Erklärungen Disraeli's im englischen Unterhause hat uns bereits gestern der Telegraph ziemlich eingehend berichtet. Die Ausführungen des Premier's erfolgten als Antwort auf die Angriffe des Führers der Opposition, des Marquis von Hartington. Dieser wandte sich besonders gegen das Circular der Regierung über die Behandlung entlassener Sklaven an Bord englischer Schiffe. Ueber die orientalische Politik der Regierung — sagte der nominelle Führer der Liberalen — wolle er sich erst nach Vorlage der betreffenden Correspondenz ein Urteil gestalten. Nachdem Disraeli die gestern telegraphirten Mittheilungen gemacht, äußerte sich Gladstone über die Orientpolitik der Regierung in zukunftsweisendem Sinne. Er hat dies wohl, weil man ihn als heftigen Gegner des Suezkanal-Projekts dargestellt und ihm einen Artikel in der „Edinburgh Review“ zugeschrieben hatte, welcher den ganzen Handel auf das Schärfe verurtheilte.

Im Oberhause veranlaßten gleichzeitig die Bemerkungen des früheren Ministers des Auswärtigen unter Gladstone, des Lord Granville, dessen Nachfolger zu einer Auslassung über die orientalische Politik. Lord Derby sagte, er wisse nicht, ob durch die vom Grafen Andrassy der Fortsetzung gemachten Vorschläge die Inzurenzen bestimmt werden würden, die Waffen niederzuliegen, aber der Schluß der Unruhen würde in Folge derselben so eingeschränkt werden, daß dieselben ihre bisherige europäische Bedeutung verlieren. England habe der Andrassy'schen Note seine allgemeine Unterstützung, gelassen. Seine Action für die Zukunft sei aber vollständig frei. Was die Suezkanalfrage anbelange, so habe die Regierung die Gelegenheit ergriffen, sich Stimmen in der Verwaltung der Gesellschaft zu verschaffen. Die Regierung habe ferner Unterhandlungen mit Lesseps angestrengt, welche voraussichtlich eine befriedigende Vereinbarung über die obwaltenden Schwierigkeiten herbeiführen, und die Einführung des englischen Elementes in die Verwaltung der Gesellschaft ermöglichen würden. Die Sendung Cavé's nach Aegypten sei auf den Wunsch des Khedive erfolgt, letzterer habe seine aggressive Politik gegenüber und ebenso die Eroberung von Aethiopien bereits aufgegeben. Die „Agence Havas“, deren Glaubwürdigkeit gestern Fürst Bismarck auch charakteristisch verbreitete vorgestern Abends die Nachricht, die Großmächte würden demnächst einen Aufruf an die Insurgenten in der Herzoginina richten, in welchen dieselben aufgefordert werden sollten, sich zu unterwerfen. Gleichzeitig meldeten die „Daily News“, die Consuln der Mächte in Moskau seien beauftragt, mit den Insurgenten auf der Basis des Andrassy'schen Projectes zu unterhandeln. Von Wien aus werden beide Nachrichten auf das Bestimmteste als unbegründet bezeichnet.

Deutschland.

△ Berlin, 9. Februar. Sicherem Vernehmen nach wird der Bundesrath das Hilfskassen-gesetz, wie es aus den Beschlüssen des Reichstages hervorgegangen, annehmen. Die letzteren werden zunächst noch einer Prüfung der zukünftigen Bundesraths-Ausschüsse zu unterbreiten sein. — Es lag bereits vor längerer Zeit in der Absicht der Reichsbehörde, eine gesetzliche Regelung über den Feingehalt des Silbers eintreten zu lassen. Die Verschiedenheit der Verhältnisse, namentlich dem Auslande gegenüber, haben zu den größten Unzulänglichkeiten geführt, so daß die Bedürfnisfrage außer Zweifel ist. Der Bundesrath hatte sich bisher nur über die allgemeinen Gesichtspunkte, welche dabei in Frage kommen, verständigt und dem Reichsfinanzministerium anheimgegeben, eine bezügliche Vorlage auszuarbeiten. Es sollte dies schon vor Beginn der jetzt schließenden Session geschehen und darf die Vorlage für den nächsten Reichstag mit Bestimmtheit erwartet werden. — Die national-liberale Fraktion des Reichstags hat vor der heutigen Plenar-Sitzung bei Gelegenheit einer kurzen Besprechung über die nächsten Wahlen das bisherige Centralwahlcomité neu bestätigt und dasselbe beauftragt, seiner Zeit die erforderlichen Vorbereitungen für die Wahlen zu treffen.

— Die „Frankf. Ztg.“ erhält folgendes Telegramm: Worms, 8. Febr. Erwin Beckerburg (früher Redacteur des „Bürger- und Bauernfreund“) und dann der „N. Brühl. Morgenztg.“ ist so eben verhaftet und mit Gefangenen-Transport nach Alzey gebracht worden.

Frankfurt a. M., 8. Febr. In einem Prozesse gegen die „Frkf. Ztg.“ wegen eines Artikels über den Reptilienfonds war Graf v. Noon von dem angeklagten Redacteur Hörsch als Zeuge vorgeschlagen worden. Gestern ist demselben Kenntniß gegeben worden von einem Staatsministerialbeschlusse, welcher den früheren preussischen Ministerpräsidenten und Kriegsminister Grafen von Noon ermächtigt, die Ablegung des Zeugnisses zu verweigern. — Ein solcher Zustand des öffentlichen Rechts bedarf wohl keiner weiteren Kritik. Sache des Richters wäre es aber wohl in diesem Falle, alles, was Hr. v. Noon zu beschreiben sich weigert, als vor ihm zugehenden anzusehen und den seiner Vertheidigung beraubten Angeklagten frei zu sprechen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Febr. Das Abgeordnetenhause nahm in seiner heutigen Sitzung die ganze Ghegehe-moselle in zweiter Lesung nach den Anträgen des Ausschusses an. Ein von der Minorität zu § 1 gestellter Antrag, sowie das vom Justizminister empfohlene Amendement des Abgeordneten Frhrn. v. Hanke, wonach das Ehehinderniß für die Ordensgeistlichen ebenfalls erst mit ihrem Austritt aus der katholischen Kirche erlöschen soll, wurde abgelehnt. — Die Direction der Creditanstalt hat erklärt, daß sie die Details über die Defraudationen bei der Prager Filiale erst nach Ablauf der criminalgerichtlichen Untersuchung bekannt geben werde. — Wie die „Presse“ meldet, sind die heute an der Börse kursirenden Gerüchte von einer angeblich ungünstigen Bilanz der Anglo-Austria Bank unbegründet und eine 5 % Verzinsung, so wie die Dotierung des Reservefonds gesichert. (W. T.)

Prag, 7. Febr. Erzbischof Ledochowski celebrirte gestern in der Jesuitenkirche eine Messe. In der Predigt, die er hierauf hielt, erzählte er sein Märtyrertum. Gestern besuchten ihn die Mitglieder des katholisch-politischen Vereins, darunter die Grafen Schönborn, Rostiz, Thun, Czernin. Erzbischof Ledochowski erwiderte auf ihre Begrüßung, daß er sich freue, die Blüthe jenes Adels zu sehen, dessen Ahnen stets für die Rechte der katholischen Kirche eingetreten sind, und er hoffe, daß auch der Nachwuchs in demselben Geiste wirken werde. Er würde gern ihre Besuche wenigstens mit Visitenkarten erwidern, allein er sei ein rechter Märtyrer und habe nicht einmal diese zur Verfügung; man habe ihn bei der Freilassung aus dem Gefängniß nicht gelassen. (N. fr. Br.)

Frankreich.

Paris, 7. Febr. Mit den Wahlaus-sichten der reactionären Parteien steht es schlecht, und die von Buffet empfohlene „conservative Union“ wird bei den Deputirtenwahlen noch weniger als bei den Senatswahlen ausreichen. Das orleanistische Comité Changanier hat mit der Veröffentlichung seiner Candidatenliste begonnen. Das bonapartistische Comité Dolfus stellt Gegenkandidaten auf, und das katholische Comité, dessen Bildung vorgestern das „Univers“ meldete, macht seine eigene Liste. Inmitten dieses Wirrwirrs wird den Präfekten, welche die offiziellen Candidaturen zu unterstützen haben, das Handwerk schwer. Manche derselben scheinen ohnedies schon den Kopf verloren zu haben, und ihre Berichte an das Ministerium des Innern klingen wenig tröstlich. Herr Buffet setzt für seine eigene Person die größte Hoffnung auf das Arrondissement von Castel-Sarrasin. Um die Candidatur des Ministeriums dort aufstellen zu können, hat man den bereits offiziell empfohlenen Dr. Cavalie bei Seite geschoben müssen. Buffet beklagt sich wieder darüber, daß er von den Kollegen schlecht unterstützt wird. Besonders unzufrieden ist er mit dem Polizeipräsidenten Leon Renault, der allerdings ganz in Leon Say's Fuchtapfen getreten ist und mit den Republikanern gemeinsame Sache macht. Er hat in Corbail seine Candidatur aufgestellt, seine Mitbewerber waren der Bonapartist Fürst Wagram und der Republikaner Valentin. Der letztere hat in Folge der Ernennung zum Senator seine Candidatur zurückgezogen und in einem Rundschreiben den Wählern empfohlen, für L. Renault zu stimmen. „Sie können“, sagt er, „nach meiner Ueberzeugung mit voller Sicherheit die festen und bestimmten Erklärungen und die unwiderstehliche Verbindlichkeit, die er gegen die Republikaner eingeht, annehmen; sein Wort als Ehrenmann bürgt dafür. Wünschen wir der Republik, daß sie oft Returen von so hohem und unbeflecktem Werth anwerbe.“ Diese Empfehlung ist natürlich nicht danach angethan, Buffet's Beifall zu finden. Man sagt, der Vicepräsident des Conseils habe L. Renault aufgefordert, den Bischof Valentin's zu desavouiren, wozu Renault sich nicht verstehen wollte. Nach dem „Vieil public“ hätte Buffet darauf erklärt, die Sache im Ministerath anhängig machen zu wollen. Wenn dem so wäre, so dürfte er einer abermaligen Niederlage entgegensehen. Die Erfahrung hat mehrmals gezeigt, daß der Polizeipräsident fest im Sattel sitzt. — Die bonapartistischen Journale machen viel Aufhebens von der Rede, welche Raoul Duval vorgestern in der Follie Marigny gehalten hat. Raoul Duval entwickelt darin die bekannten Theorien der Partei der Versenkung an's Volk. Neben vielem oft Gehörtem finden sich doch einige charakteristische Sätze. So sagt z. B. der Redner: „Der Senat ist in zwei Stücke geschnitten und ohnmächtig; er kann nichts. Nun wohl, so wollen wir es, das was das Ziel, welches wir verfolgen. Es ist erreicht, und wenn gewisse Journale schreiben, die große Triebfeder der Versenkung sei gebrochen, so würde ich kein großes Unglück darin sehen.“ — Gambetta hielt gestern eine Rede in Lille, woselbst seine Candidatur aufgestellt worden ist. Sie soll gewaltigen Beifall gefunden haben. Ihren Text wird morgen die „Republique“ mittheilen, die für heute nur mittheilt, daß Gambetta das Programm der künftigen republikanischen Mehrheit der National-Versammlung entworfen habe. Diese Mehrheit müsse eine demokratische, liberale und friedliche sein. — Die Nachrichten von der Gruben-Explosion bei Saint-Etienne sind herzerweichend; die Rettungsarbeiten dauern fort, aber man erwartet kein Resultat von ihnen. Von den 216 Personen, die sich in dem Schacht Saint-Jabin befanden, sind nur 19 mit dem Leben davon gekommen, und auch von diesen 19 sind die meisten schwer verwundet. Ueber 100 Leichen hat man bereits hervorgezogen; sie wurden heute im Beisein der Behörden bestatet. Der Präsident der Republik hatte seinen Adjutanten, General v. Albac, geschickt. Um die Unglücksstätte drängen sich noch Tag und Nacht die Angehörigen der Verunglückten, die noch nicht hervorgezogen worden. Der Anblick soll erschütternd sein. Eine große Subscription zu Gunsten der Hinterbliebenen wird wohl in Paris veranstaltet werden. Die Theater werden Benefiz-Vorstellungen geben, die große Oper hat bereits eine solche angekündigt.

Spanien.

Madrid, 8. Febr. Nach Mittheilungen, welche der Regierung zugehen, sind die Provinzen Biscaya und Alava nunmehr vollständig in den Händen der Regierungstruppen. (W. T.)

Italien.

Rom, 6. Febr. Die Unterzeichnung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn verzögert sich in Folge der ausführlichen Verhandlungen wegen der Hölle auf Juchas, Wein, Bran- liqueure und Alkohol u. s. w. Man hofft aber dieser Tage damit fertig zu werden. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Frankreich werden vorläufig noch rascher abgemacht werden, weil keine zeitraubenden Einzelfragen dabei zu erledigen sind. Was die Betätigung der Eisenbahn-Conventionen durch das Parlament betrifft, so glaubt das Ministerium trotz der Opposition von Seiten loskämpfer Abgeordneten derselben gewiß zu sein. — 8. Februar. Der Cardinal Antonelli ist gestern von einem heftigen mit Herzaffection verbundenen Gichtanfall heimgesucht worden und gilt seinem Zustand, obgleich eine leichte Besserung eingetreten ist, für bedenklich. — Dem Grafen Armin ist das Urteil des Berliner Gerichtshofes bereits infirmirt worden. Dem Vernehmen nach ist demselben eine gerichtliche Mittheilung des Inhaltes beigefügt, daß ein früher vom Grafen Armin über seinen Gesundheitszustand beigebrachtes ärztliches Zeugniß jetzt nicht mehr als maßgebend angesehen werden könne. (W. T.)

England.

London, 9. Februar. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kündigte der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, für nächsten Montag eine Resolution bezüglich des Ankaufs der Suezcanal-Aktien an. Von den Deputirten Mac Arthur und Hughes wurde eine Interpellation in Betreff der Abtretung von Gambia angemeldet. — Das amtliche Blatt veröffentlicht ein königliches Decret, wodurch aus Anlaß der nunmehr erfolgten Einrichtung der neuen Gerichtshöfe in Aegypten die Gerichtsbarkeit der dortigen englischen Consuln aufgehoben wird. (W. T.)

Danzig, 10. Februar.

* (Traject über die Weichsel.) [Nach dem Aushang auf dem Bahnhofe der Ostbahn.] Sulfm-Terzopol: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Weichsel. — Warlubien-Graben: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Weichsel. — Gernwinz-Marienwerder: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Weichsel.

* Zur Uebernahme der Geschäfte des Abtheilungs-dirigenten für die I. Abtheilung bei der hiesigen Königl. Regierung an Stelle des seit längerer Zeit schwer erkrankten Oberregierungs-Rathes v. Salzwedel wird hier der Oberregierungs-Rath Meier aus Königsberg erwartet.

* Der Civilsupernumerar Beyer bei der hiesigen Regierung, der gegenwärtig als Protocollführer bei dem hiesigen Verwaltungsgericht fungirt, ist als Regierungs-Secretariats-Assistent angestellt worden.

* Nachdem das Wahlmänner-Collegium für den Stadtkreis ergänzt ist, sind noch in 27 Wahlbezirken des Landkreises 43 Ergänzwahlmänner zu wählen. Die Wahllisten werden am 11., 12. und 13. d. in den Wahllokalen ausgelegt und dann im Laufe nächster Woche die Wahlen vorgenommen werden. Die Abgeordnetenwahl wird demnach noch erst gegen Ende dieses Monats vollzogen werden können.

* In den letzten Tagen ist nun auch für den Landkreis Danzig das Volkszählungs-Resultat festgestellt. Danach zählt derselbe ca. 79 000 Einwohner, ca. 2000 mehr als vor 4 Jahren. Die größte Dörtschaft ist Ohra, welche bereits über 5100 Einwohner zählt und damit wohl überhaupt das größte Dorf der Provinz Preußen ist. In Ohra mit Belonen hat sich eine Einwohnerzahl von 3300, in Stuthof von 2340 Seelen ergeben; demnächst kommt Braust mit über 1700, Weichselmünde mit 1500 Einwohnern. Die Einwohnerzahl der letzteren, seit der Volkszählung von 1871 von einer starken Cholera-Epidemie heimgegriffen Dörtschaft, hat nur in sehr geringem Maße sich vermehrt.

** [Polizeibericht.] In der vergangenen Nacht wurden vier dem Kaufmannsstande angehörige Personen verhaftet, weil sie auf den Dämmen durch Schreien Scandal verurachten und der Weisung des Wacht-mannes zur Ruhe nicht Folge leisteten, sondern denselben noch beschimpften. Gestern schlug die unverschämte S. der unberechtigten N. in der Breitgasse mit einem Schlüssel in's Gesicht, wodurch die N. eine nicht unerhebliche Verletzung erlitt. — Gestern wurde der erkrankte Harmonica-Spieler J. auf dem Deumarkt von dem Fuhrmann K. ohne Grund gemißhandelt. Das Strafverfahren gegen K. ist eingeleitet. — Der Arbeiter S. verfolgte einen von Danzig nach Schidlich fahrenden herrschaftlichen Schlitten, dessen Insassen er um Mithahme gebeten hatte, welche ihm aber verweigert worden, mit Schimpfworten und Drohungen, so daß er polizeilich angehalten werden mußte. — Die Arbeiterfrau Br. aus Schidlich wurde am 8. d., Abends, von ihrem Ehemann so erheblich gemißhandelt, daß sie in das städtische Lazareth hat aufgenommen werden müssen. — Die von einem hiesigen Blatte gestern gebrachte Mittheilung, daß in der Milchmangasse ein junger Mann von 3 Jahren angefallen sei und sich vor denselben habe stützen müssen, ist bis jetzt noch nicht zur amtlichen Kenntniß gekommen. Da ein zu der angegebenen Zeit — vorgestern Abends 9 1/2 Uhr — am grünen Thore anwesend gewesen früherer Polizeibeamter von dem Vorfalle nicht das Geringste bemerkt hat, so dürfte die Mittheilung vielleicht auf eine Uebertreibung des angeblich angefallenen jungen Mannes zurückzuführen sein.

3 Elbing, 9. Februar. Raum ist durch die Bereitwilligkeit der Besitzerin der Gutsch'schen Vogel-sanger Walbes den Elbingern wieder auf ein Jahr gesichert, da entsteht eine neue Gefahr, daß dieser nur noch kleine und lichte Wal von Frevlern verwißt werde. Arbeitslosigkeit und in Folge davon Armuth und Elend sind hier zwar augenblicklich sehr drückend und in solchen Zeiten wird der Eigenthumssinn der besitzlosen Klasse bekanntlich stets sehr schwach. Nun ziehen die Leute in Schaa'en vereint nach dem ziemlich ausichtslosen Walde, stellen Wachen, feuern Schieß-gewehre ab und fällen dann ganz ungehindert große Bäume in Menge. Ein solcher, in vergangener Woche abgehaltener Raubzug dürfte endlich der städtischen im Verein mit den Kreis-Sicherheitsbehörden nöthigen, wirksame Veranlassungen zu treffen, damit uns der liebste unserer Wälder nicht während des Winters fortgetragen werde. Die Stadt würde sich gewiß gern entschließen Schutzmännern zu besolden, falls die vorbanden nicht ausreichen sollte. Zwar spart man bei uns jetzt in jeder Weise, alle Arbeiten und Ausgaben werden auf das Nothwendigste beschränkt um die drückende Finanzlage der Commune etwas zu erleichtern. Denn nicht allein die 300 städtischen Steuerzuschlag sind metträchlich, es ist außerdem noch eine erheblich große Menge der Gensiten in einem Jahre, in dem notorisch alle bei der Veranlagung erhöht wurden. Dies empfindet der Steuerzahler besonders drückend und dagegen soll sich eine höchst bedeutende Anzahl von Reclamationen richten. — Zum Städtetage in Euplan sind vom Magistrat die Herren Bürgermeister Thomale und Stadtrath Chemionel abgeordnet worden, auch aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung wird Elbing dort vertreten werden. — Da vollständig die Ausichten auf eine perpendiculäre Normalbahn als Verbindung mit dem Hinterlande zunächst nach Osterode ober Wilsen ziemlich ausichtslos sind, denkt man daran,

diese notwendige, für Elbing eine Lebensfrage bildende Verbindung vermittelst einer billigeren normalspurigen Vicinalbahn mit langsamem Betriebe herzustellen. Wir wollen hoffen, daß den Bemühungen der Stadt, der Kaufmannschaft und der theilhaftigen Kreise nicht wieder unüberwindliche Hindernisse werden in den Weg gestellt werden. — Die Saison ist still und gedrückt in diesem Jahre. Nur die Vorstellungen Schlingensiefels hatten ein zahlreiches Publikum versammelt und einzelne der wenigen Concerte waren gut besucht. Es ist dies auch von der gut vorbereiteten Aufführung von Händel's „Alexanderfest“ zu erwarten, welche in nächster Woche unter Direction des Herrn Odenwald mit Unterstützung seines Kirchenchors stattfindet. Das Theater zieht in letzter Zeit nur spärlich an, besonders klagen die armen Beneficianten über leere Häuser. Nur einer, der den Dr. Stronberg auf den Zettel gesetzt hatte, lockte damit die Menge an. Ein Ueberfluß an Posten und Briefen im Repertoire hat das Publikum jetzt über Gebühr abgumpft. Zum Gastspiel der Frau Lang-Kathke wird einiger Offenbach einstudirt, um der Sängerin Gelegenheit zur Vorführung einiger Bravourpartien zu geben. Darunter die schöne Helena.

Bermischtes.

— Durch das atlantische Kabel sind die Polizei-behörden des Continents auf die Ankunft eines äußerst gewichtigen Menschen und großartigen Fälschers aufmerksam gemacht worden. Der vom Commanring her bekannte William M. Tweed, ein 280 Pfd. schwerer, 55jähriger Gentleman ist aus der wegen sehr bedeutender Fälschungen über ihn verhängten Untersuchungshaft in Newyork entwichen und hat sich dadurch gleichzeitig dem von dem Sheriff zu Newyork gegen ihn anhängig gemachten Civilverfahren, bei welchem die eingelagerten Forderungen auf die colossale Summe von 4 Millionen Dollars sich belaufen, entzogen. Nach den letzteingegangenen Nachrichten soll Tweed das Ripperschiff „Lord Clarendon“ kauft auf sich gebracht haben und wird mit demselben wahrscheinlich in einen europäischen Hafen einlaufen. Auf die Festnahme des Fälschers ist eine Belohnung von 10 000 Doll. ausgesetzt.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 9. Februar. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, aber ruhig, auf Termine matt. Roggen loco still, auf Termine matt. — Weizen 7er Februar 126 1/2 1000 Kilo 199 Br., 198 Gd., 7er Mai-Juni 126 1/2 205 Br., 204 Gd. — Roggen 7er Februar 1000 Kilo 148 Br., 147 Gd., 7er Mai-Juni 152 Br., 151 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rübsen loco 67, 7er Mai 66, 7er October 7er 20 1/2 65. — Spiritus still, 7er 100 Liter 109 1/2 7er Februar 36 1/2, 7er März-April 36 1/2, 7er Mai-Juni 36 1/2, 7er Juli 37. — Kaffee fest, Umjat 2500 Sac. — Petroleum matt, Standard white loco 13,70 Br., 13,60 Gd., 7er Februar 13,20 Gd., 7er August-Dezbr. 12,40 Gd. — Wetter: Schön.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 10. Februar. Weizen loco behauptet, seine fester, 7er Tonne von 2000 1/2 feingelagert u. weiß 132-135 1/2 205-210 A. Br. hochbunt . . . 131-134 1/2 198-203 A. Br. hellbunt . . . 127-13 1/2 203 205 A. Br. 172-212 bunt . . . 125-131 1/2 190-195 A. Br. A. bez. roth . . . 128-134 1/2 185-190 A. Br. ordinar . . . 118-128 1/2 160 180 A. Br. Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 196 A. Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7er April-Mai 205 A. Br., 203 A. Gd., 7er Mai-Juni 208 A. Br., 7er Juni-Juli 210 A. Br. Roggen loco unverändert, 7er Tonne von 2000 1/2 147 A. 7er 120 1/2 bez. Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 145 A. Auf Lieferung 7er April-Mai 145 A. Br., 7er Mai-Juni 148 A. Br., 148 A. Gd. Gerste loco 7er Tonne von 2000 1/2 kleine 104 1/2 132 A. Kleesaat loco 7er 200 1/2 roth alt 84 A., schwedisch 180 A. Spiritus loco 7er 10,000 Liter 44 A. bez. Weichsel- und Fondscour. London, 8. Tage, 20,42 gem., do. 3 Mon. 20,255 Gd., 20,258 gem. Amsterdam, 10 Tage 169,35 Gd. 4 1/2 A. Preussische Consolidirte Staats-Anleihe 104,75 Gd. 3 1/2 A. Preuss. Staats-Schuldversch. 92,65 Gd. 3 1/2 A. Westpreussische Pfandbriefe, ritterschaftlich, 83,65 Gd., 4 1/2 do. do. 94,15 Gd., 4 1/2 A. do. do. 102,30 Br. 5 1/2 A. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 1/2 A. Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe 110,50 Br. 5 1/2 A. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 10. Februar 1876.

Getreide-Börse. Wetter: mäßiger Frost und Schneefall. Wind: SO. Weizen loco ist heute reichlicher zugeführt gewesen, auch war die Kauflust dafür ziemlich reger und besonders ist seine Qualität recht fest gewesen, während andere Gattungen ziemlich unveränderte Preise gebracht haben. 340 Tonnen sind verkauft und ist bezahlt für Sommer: 124 1/2 183 A., 129 1/2 185 A. 131 1/2 186 A., roth 12 1/2 188 A., 132 1/2 194 A., russischer 116, 117 1/2 172 A., hellfarbig bezogen 128 1/2 197 A., gran glatt 127 1/2 195 A., 128 1/2 198 A., glatt 126 1/2 199 A., 127 1/2 200 A., hellbunt 129 1/2 203, 203 1/2, 205 A., hochbunt glatt 131 1/2 208 A., 133 1/2 209 A., fein 131, 133 1/2 212 A., weiß 129 1/2 210 A. 7er Tonne. Termine nicht gehandelt, April-Mai 205 A. Br., 203 A. Gd., Mai-Juni 208 A. Br., Juni-Juli 210 A. Br. Regulirungspreis 196 A. Roggen loco fest, 125 1/2 151 A., besserer 126 1/2 153 A. für 20 Tonne bezahlt. Termine ohne Kauf-lust. April-Mai 145 A. Br., inländischer Mai-Juni 150 A. Br., 148 A. Gd. Regulirungspreis 145 A. — Gerste loco kleine 104 1/2 132 A. 7er Tonne bezahlt. — Erbsen loco Mittel 15 1/2, 155, Koch- 161 A. 7er Tonne bezahlt, Victoria brachten 250 A. 7er Tonne. — Hafer loco 159 A. 7er Tonne. — Kleesaat loco roth alt 84, grüne 180 A. 7er 100 Kilo. — Mais loco bei Partie ankommen 121 A. franco Ostbahn. Detail 125 A. 7er Tonne vom Speicher bezahlt. — Spiritus loco ist zu 44 A. verkauft.

Schiffs-Liken.

Neufahrwasser, 10. Febr. Wind: SO. Angekommen: Affenrade, Falde, Pillan, Ballast. Nichts in Sicht. Thorn, 9. Febr. Wasserstand: 3 Fuß 2 Zoll. Wind: SO. Wetter: trübe.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Wind	Barometer- Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
10	8	335,95	— 3,8	SED., mäßig, bezogen.
12		335,45	— 2,4	SED., mäßig, bezogen.

Beilage zu No. 9578 der Danziger Zeitung.

Danzig, 10. Februar 1876.

Die Murten Schlacht.

Am 12. d. M. haben wir die Aufführung der Festicantate „Die Murten Schlacht“, des Werkes unseres Mitbürgers Herrn Janewitz, zu erwarten. Wie in diesen Blättern seiner Zeit berichtet wurde, gehörte dasselbe zu den fünf unter der großen Zahl von neunundzwanzig um den Preis concurrirenden Compositionen, welche von der Schweizerischen Jury als der Auszeichnung würdig bezeichnet wurden. Wir glauben durch Mittheilung einiger näherer Angaben zur Orientirung dem Wunsche mancher unserer Leser entgegenzukommen.

Was zunächst die Veranlassung jenes Preis-ausschreibens, die vierhundertjährige Jubelfeier des Jahrestages der Schlacht bei Murten am 22. Juni 1476 betrifft, die gewiß unter allseitiger begeisterter Theilnahme der Schweizer „Eidgenossen“ begangen werden und sich zu einem großartigen Volksfest gestalten wird, so sei kurz daran erinnert, daß diese Schlacht in dem Kriege, in welchem die Schweiz ihre Freiheit gegen die gewaltige Macht Karl's des Kühnen, des Herzogs von Burgund, siegreich vertheidigte, als die entscheidendste und ruhmvollste für die Waffen der Schweizer angesehen werden muß, und daher mit vollem Rechte zum Gedenktage dieser großen Zeit gewählt worden ist. Der Text der Cantate (von Ernst Mähly aus Basel) giebt in getreuem Anschluß an die Geschichte eine Darstellung der Hauptmomente der Schlacht. Die kleine Besatzung von Murten, unter Führung Adrian's von Bubenberg, hat den Sturm des gewaltigen burgundischen Heeres abgeschlagen und ist zum Kampf auf Leben und Tod entschlossen, wenn auch ohne Hilfe von außen ihr Untergang gewiß ist. Da verkündet die Wache vom Thurme das Herannahen des Heeres der Eidgenossen, das von den Belagerten freudig begrüßt wird. Der gottvertrauende Muth der Schweizer, der siegesgewisse Hohn der Burgunder wird geschildert, der Verlauf der Schlacht theils durch die Schöde der kämpfenden, theils durch den Bericht des Wächters vom Thurme zur Darstellung gebracht. Während der Kampf noch unentschieden schwankt, erscheinen Helvetia und Berna, sprechen den Fluch über den grausamen und meinelbigen Tyrannen aus (er hatte die ganze Besatzung von Oranson verrätherisch hinrichten lassen) und verkünden ihm den Untergang. Darauf kurze Schilderung des Sieges, der Siegesfreude und des frommen Dankes der Schweizer.

Schon aus dieser kurzen Andeutung ergiebt sich, daß das Textbuch genügenden Anlaß zur Dar-
stellung wechselnder, starker Empfindungen, die doch in dem Gefühl patriotischer Begeisterung

ihre Einheit finden, giebt und daher ein wohl geeigneter Vorschlag für musikalische Darstellung ist.

Aus der Natur des Stoffes, wie aus der Bestimmung der Festicantate, als Hauptstück eines großen Volksfestes zu dienen, ergiebt sich, daß bei der Darstellung des Kunstwerks neben gebiegen künstlerischer Vertretung der Solopartien auf die Massenwirkung eines vieltimmigen Männerchors und voller, stark besetzter Instrumentalbegleitung gerechnet werden muß, daß mithin seine Ausführung an unserm Orte nur durch das Zusammenwirken besonders günstiger Umstände ermöglicht werden konnte. Nur dadurch, daß Herr Director Lang so freundlich dazu die Hand geboten, die reichen musikalischen Kräfte seines Künstlervereins einer würdigen Darstellung des Werkes zu widmen, und daß die Gesangesfreunde unserer Stadt so zahlreich und einmüthig sich dazu vereinigt haben (es sind acht Männergesangs-Bereine mit mehr als zweihundert Mitgliedern dabei betheiligt) konnte die Aufführung zu Stande kommen. Die Einübung eines so zahlreichen aus den Mitgliedern verschiedener Vereine sich zusammensetzenden Chors konnte nur durch die rastlose Thätigkeit des Componisten, welcher freilich der Eifer der Sänger, der sich mehr und mehr steigerte und erwärmte, je mehr sie das Werk kennen lernten, in erfreulichster Weise entgegenkam, in verhältnißmäßig so kurzer Zeit ermöglicht werden. Die Leitung der Aufführung liegt in der bewährten Hand unseres Herrn Theater-Kapellmeisters.

p. f.

Danzig, 10. Februar.

* Die in Gemäßheit der Prüfungsordnung für die Volksschullehrer vom 15. October 1872 abzuhalten den 2. Prüfungen der Volksschullehrer sollen im Seminar Marienburg in der Zeit vom 29. August bis 2. September, im Seminar Fr. Friedland vom 26. Mai bis 31. desselben Monats, in Verent in den Tagen des 26. bis 30. September und in Graudenz endlich vom 9. bis 13. October c. stattfinden. Die Meldungen zu diesen Prüfungen sollen 4 Wochen vor dem Termine dem Kreis-schul-Inspector eingereicht werden. — Die Aufnahme-Prüfungen in den Schullehrer-Seminarien sollen an folgenden Tagen stattfinden: in Marienburg vom 29. April bis 2. Mai, in Fr. Friedland vom 28. bis 30. Aug., in Graudenz vom 27. bis 29. April, in Verent vom 28. bis 30. Juni, in Tuchel vom 3. bis 5. August und in Libau vom 15. bis 17. Mai c.

△ Osterode, 7. Febr. Von den bedeutendern Städten unserer Provinz ist in den letzten Tagen auch Gumbinnen dem Provinzial-Städtetag beigetreten. Zur Veranlassung für die General-Versammlung am 20. d. M. ist nachträglich noch nachstehender, nicht unwichtiger Antrag eingegangen: „Der Städtetag wolle be-

schließen, daß Streitigkeiten zwischen den beiden städtischen Collegien in den Verbandsstädten, bevor gemäß § 36 der Städte-Ordnung die Entscheidung der Königl. Regierung angerufen wird, dem Vorstande oder einem besonders zu erwählenden Ausschusse des Städtetages behufs Herbeiführung einer Verständigung, zu unterbreiten sind.“ — Am 4. d. fand hier eine Alarmirung der Feuerlöschmannschaften und eine Revision der städtischen Feuerlöschgeräte statt. Die drei städtischen Spritzen, sowie die Spritze der Garnison-Verwaltung waren, kleine Mängel abgerechnet, die sofort beseitigt wurden, in Ordnung; dagegen erwies sich der Sanger als völlig unbrauchbar; derselbe muß außer Dienst gestellt und sofort durch einen neuen ersetzt werden. — Die Stadtverordneten-Versammlung hat mit Rücksicht auf die bedeutend zunehmenden Geschäfte beschlossen, regelmäßig alle 14 Tage, Mittwochs, eine Sitzung abzuhalten. — Die Getreidezufuhr zu den hiesigen Wochenmärkten im verflossenen Monat betrug sich auf Roggen 15 600, Weizen 800, Gerste 3400, Hafer 1900 Kilogramm. Der Durchschnittspreis stellte sich: Roggen 17,71, Weizen 22,30, Gerste 15,24, Hafer 20,55, Erbsen 20,72, Kartoffeln 5,00, Nichtstroh 7,64, Krummstroh 6,40, Heu 8,00. M. 100 Kilogramm, Rindfleisch 1,80, Banchfleisch 0,70, Schweinefleisch 1,20, Kalbfleisch 0,50, Hammelfleisch 0,70, Speck 2,00, Butter 2,23 M. 100 Kilogramm, Eier 4,65 M. 100 Schod. — Am 5. d. M. hielt der Physiker Taschewski für die Mitglieder des Handwerker-Vereins in der Aula der neuen Schule unter Benutzung seines Niesen-Telluriums und Linnariums Vortrag über die Wirkung der Sonne auf die Erde und den Mond, über die Bewegung der Erde um ihre Ase und um die Sonne, über die Bewegung des Mondes um die Erde und über Sonnen- und Mondfinsternisse und deren Berechnung.

— k — Mohrungen, 8. Februar. In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 7. d. M. wurde eine Commission aus 5 Personen bestehend gebildet und ihr 500 M. zur Aufertigung eines Entwurfs zur projectirten Wasserleitung, Mohrungen zc. bewilligt. In derselben Verammlung wurde auch der Kassen-Abschluß der hiesigen städtischen Sparkasse für 1375 vorgetragen, welcher mit einer Einnahme von 211333 M. und einer Ausgabe von 209776 M., demnach einen Verbiens von 2506 M. abschloß. Das Vermögen betrug 11631 M. 57 S. Der bisherige Procentfuß wurde von 3 1/2 auf 4 1/2 für Einlagen erhöht und dem Director der Sparkasse Bürgermeister Sch. ibt eine Gratification von 50 M. gewährt.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Frankfurt, a. M., 9. Februar. Effecten-Societät. Creditactien 154 1/2, Franzosen 255 1/2, Lombarden 97 1/2, Galizier 169 1/2, Reichsbank 159 1/2, 1860er Loose 118 1/2, Silberrente 64 1/2, Darmstädter Bank 109 1/2. — Schluß fester.

Bremen, 9. Febr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 13,00 bez. und Br. 9. Februar 13,00, 9. März 12,65, 9. April 12,30. Ruhig.

Amsterdam, 9. Februar. [Getreidemarkt.]

(Schlußbericht.) Weizen loco geschäftlos, auf Termine höher, 9. März 273, 9. Mai —, Roggen loco unverändert, 9. März 177, 9. Mai 183, 9. Juli —. — Rüböl loco 37 1/2, 9. Mai 37 1/2, 9. Herbst 38 1/4. — Wetter: Schön.

Wien, 9. Februar. (Schlußcourse.) Papierrente 68,70, Silberrente 73,70, 1854r Loose 106,75, Nationalb. 870,00, Nordbahn 1797, Creditactien 173,25, Franzosen 294,00, Galizier 192,50, Kaschau-Oberberger 112,00, Warbubier 128,00, Nordwestbahn 138,10, do. Lit. B. 53,00, London 115,00, Hamburg 56,25, Paris 45,70, Frankfurt 56,20, Amsterdam —, Creditloose 161,75, 1860r Loose 111,20, Lomb. Eisenbahn 113,25, 1864r Loose 134,50, Unionbank 72,50, Anglo-Austria 87,70, Napoleons 9,20 1/2, Dukaten 5,41 1/2, Silbercoupons 104,10, Elisabethbahn 163,50, Ungarische Prämienloose 75,20, Deutsche Reichsbanknoten 56,70, Türkische Loose 24,40.

London, 9. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, angekommene Ladungen stetig. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft fest. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 14 390, Gerste —, Hafer 42 910 Orts. — Wetter: Trübe.

London, 9. Februar. [Schluß-Course.] Consols 94 1/2. 5 p. Italienische Rente 70 1/2. Lombarden 9 1/2. 3 p. Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2. 3 p. Lombarden-Prioritäten neue 9 1/2. 5 p. Russen de 1871 97 1/2. 5 p. Russen de 1872 97. Silber 54 1/2. Türkische Anleihe de 1865 20 1/2. 5 p. Türken de 1869 28 1/2. 6 p. Vereinigte Staaten 9. 1885 105 1/2. 6 p. Vereinigte Staaten 5 p. fundirte 106. Oesterreichische Silberrente 63 1/2. Oesterreichische Papierrente 60 1/2. 6 p. ungarische Schatzbonds 91 1/2. 6 p. ungarische Schatzbonds 2. Emission 89 1/2. Spanier 19. 5 p. Peruaner 34 1/2. Blasdiscont 3 1/2 p. — Report für Italiener 3—5, für andere Speculationspapiere 4—6 p.

Liverpool, 9. Febr. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 6 1/2, middling amerikanische 6 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 4 1/2, good fair Broach 5, new fair Domra 4 1/2, good fair Domra 5, fair Madras 4 1/2, fair Bernam 7 1/2, fair Smyrna 5 1/2, fair Egyptian 6 1/2. — Matt. Antünfte theilweise 3 p. billiger.

Paris, 9. Febr. (Schlußbericht.) 3 p. Rente 67,22 1/2. Anleihe de 1872 104,45. Italienische 5 p. Rente 70,65. Ital. Tabaks-Actien 767,00. Italienische Tabaks-Obligationen 497,00. Franzosen 631,25. Lombardische Eisenbahn-Actien 248,75. Lombardische Prioritäten 236,00. Türken de 1865 20,05. Türken de 1869 125,00. Türkenloose 53,75. — Credit mobilier 200. Spanier ext. 18 1/2, do. inter. 17 1/2, Suez-canal-Actien 743, Banque ottomane 437, Societé générale 525, Egypter 328. — Matt und unbeelebt.

Paris, 9. Febr. Productenmarkt. Weizen beht., 9. Februar 26,75, 9. März 27,00, 9. April 27,25, 9. Mai-August 28,25. Mehl beht., 9. Februar 57,50, 9. März 55,00, 9. April 58,50, 9. Mai-August 60,50. Rüböl beht., 9. Februar 85,75, 9. April 84,25, 9. Mai-August 82,00, 9.

Verantwortlicher Redacteur H. Röbner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Dünzig.